Hildesheimer Geographische Studien Bd. 2	2013	S. 62 – 105

Der demographische Wandel und seine Auswirkungen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf in der Region Hannover

Kristin Gawert & Sabine Panzer-Krause

Zusammenfassung

Der demographische Wandel in Deutschland, der sich insbesondere durch Überalterungs- und Schrumpfungsprozesse auszeichnet, betrifft immer mehr Regionen und hat Auswirkungen auf die Nachfrage und Tragfähigkeit von Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Aufgrund der ungünstigen demographischen Entwicklungen in den Neuen Bundesländern seit den frühen 1990er Jahren können dort vor allem ländliche Regionen und die entwickelten Handlungskonzepte als Schaufenster für zukünftige Entwicklungen in anderen Teilen Deutschlands dienen. Der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf in der Region Hannover ist von Schrumpfungstendenzen betroffen und könnte von den bereits gemachten Erfahrungen profitieren. In dieser Studie werden anhand einer empirischen Untersuchung der demographische Wandel und seine Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge für Barsinghausen-Bantorf aufgezeigt. Dabei helfen zwei unterschiedliche Szenarien, mögliche Entwicklungen bis zum Jahr 2030 zu skizzieren. Darauf aufbauend wird die Übertragbarkeit von Daseinsvorsorge-bezogenen Nachhaltigkeitsinnovationen geprüft, die bereits in anderen Regionen Deutschlands erprobt werden. Die Studie zeigt, dass neue Kooperationsformen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für eine nachhaltige regionale Entwicklung nötig sind.

Schlüsselwörter: Demographischer Wandel, Daseinsvorsorge, Nachhaltigkeitsinnovationen, Region Hannover

Summary

The demographic change in Germany which is particularly characterized by processes of ageing and shrinking affects more and more regions and has consequences for the people's demand for and the communities' capacity to provide services of general interest. Due to the unfavorable demographic development in the Neue Bundesländer since the early 1990s, especially rural communities there as well as their strategic concepts can be considered as showcases for future developments in other German regions. Barsinghausen-Bantorf is a shrinking district in the Hannover Region that could benefit from those experiences. In this study, the demographic change and its impacts on the provision of general services of interest in Barsinghausen-Barntorf is analyzed by means of an empirical study. Thereby, two scenarios help to outline possible developments until the year 2030. On this basis it is investigated whether sustainability innovations concerning the provision of services of general interest that have already been tested in other regions can be transferred to the district. The study shows that new forms of cooperation between the state, the economy and the civil society are needed for a sustainable regional development.

Key words: demographic change, general services of interest, sustainability innovations, Hannover Region

1 Einleitung

1.1 Problemstellung

Die Diskussionen über den demographischen Wandel und seine Auswirkungen auf unsere Gesellschaft sind inzwischen allgegenwärtig und treten immer stärker in den Fokus des öffentlichen Interesses (Ulrich 2006). Der demographische Wandel beschreibt hauptsächlich die Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung in Bezug auf die sich verändernde Altersstruktur, das quantitative Verhältnis von Männern und Frauen und die Geburten- und Sterberate sowie einige weitere Faktoren wie den Anteil der In- und Ausländer und die Zu- und Wegzüge innerhalb der Bevölkerung (HEINEBERG 2010: 91-92).

Deutschlands demographische Entwicklung ist durch drei wesentliche Merkmale gekennzeichnet: Wir werden weniger, älter und bunter. So nimmt die Gesamtbevölkerung seit 2003 ab, da die Zahl der Gestorbenen die Zahl der Geborenen übersteigt und die entstehende Lücke durch Zuzüge aus dem Ausland nicht vollständig aufgefüllt werden kann. Ursache hierfür ist eine niedrige Geburtenhäufigkeit, die sich bereits seit den 1970er Jahren bei ca. 1,4 Kindern pro Frau eingependelt hat. Dies führt dazu, dass die Grundgesamtheit potentieller Mütter in jeder Generation um etwa ein Drittel schrumpft und die Geburtenrate dadurch immer weiter sinken wird (STATISTISCHES BUNDESAMT 2009). Damit verbunden ist eine Überalterung der Gesellschaft, da die geburtenstärkeren Jahrgänge zunehmend in ein höheres Lebensalter kommen. Darüber hinaus steigt die Lebenserwartung weiter an, so dass eine Verschiebung in der Relation der einzelnen Altersgruppen zu beobachten ist. Der Altersaufbau in Deutschland hat sich daher weg von der klassischen Pyramidenform hin zu einer Urnenform verrückt. Nach der Untergrenze der „mittleren" Variante der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2009: 15) werden im Jahr 2060 34% der Bevölkerung 65 Jahre und älter sein, während nur noch 16% der Bevölkerung jünger als 20 Jahre sein werden. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (20-65 Jahre) wird demnach zwischen 2008 und 2060 deutlich von 61% auf 50% sinken. Um das Erwerbstätigenpotential halten zu können, ist deshalb mit einer höheren Aufnahme von ausländischen Zuwanderern zu rechnen, wodurch unsere Gesellschaft insgesamt bunter wird (GANS 2011).

Dieser demographische Wandel in Deutschland ist räumlich jedoch sehr unterschiedlich ausgeprägt (DANIELZYK 2009, NIW 2010). So gibt es auf der einen Seite weiterhin Wachstumsregionen, die sich vor allem durch ein positives Wanderungssaldo, teilweise auch durch eine positive natürliche Bevölkerungsbewegung auszeichnen. Zu diesen Gewinnerregionen gehören insbesondere die Metropolen Berlin, Hamburg und München sowie deren Umland, aber auch weitere Gebiete in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen oder im Nordwesten Niedersachsens (NIW 2010: 23, 27). Auf der anderen Seite sind viele Regionen, insbesondere in den Neuen Bundesländern durch Schrumpfungsprozesse gekennzeichnet. Gerade ländliche Räume sind von den Herausforderungen des demographischen Wandels betroffen (BARTSCH, PANZER & SEDLACEK 2007, SEDLACEK 2012). Aber auch in verstädterten Regionen wie der Region Hannover lassen sich auf kleinräumiger Ebene sehr unterschiedliche, parallel ablaufende Entwicklungstendenzen ausmachen.

Insbesondere in peripheren, ländlichen Räumen ist die Tragfähigkeit und Erreichbarkeit bestimmter Einrichtungen zur Sicherung einer zeitgemäßen und angepassten Daseinsvorsorge nicht immer gewährleistet, was sich insbesondere in Schrumpfungsregionen wie in Mecklenburg-Vorpommern schon heute beobachten lässt und für die dort ansässigen Unternehmen und Privathaushalte gravierende Folgen mit sich bringt (IMAG 2011). So steigen durch die immer geringer werdenden Bevölkerungsdichten die Kosten pro Einwohner für die Aufrechterhaltung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen wie beispielsweise Schulen, Kindertageseinrichtungen, Netzen zur Energiebereitstellung, zur Wasserver- und Abwasserentsorgung oder zur Breitbandversorgung. Auch in verstädterten Räumen wie der Region Hannover lassen sich inzwischen Auswirkungen des demographischen Wandels beobachten, bislang sind diese allerdings noch nicht so offensichtlich. Aufgrund der geringen Geburten-

rate und der damit einhergehenden Überalterung der Gesellschaft kommt es jedoch auch hier in vielen Teilräumen zu strukturellen Veränderungen, so dass das Angebot an Daseinsvorsorgeeinrichtungen oftmals mit den sich verändernden Bedürfnissen der alternden, aber auch jüngeren Bevölkerung nicht übereinstimmt, da entsprechende Einrichtungen oder Infrastrukturen nicht oder nicht mehr zur Verfügung stehen. Das räumliche und zeitliche Nebeneinander von Wachstums- und Schrumpfungsprozessen stellt diese Regionen vor neue Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund sollen mit Blick auf die Erfahrungen in ländlich-peripheren Regionen der Neuen Bundesländer angemessene Maßnahmen und innovative Ansätze für eine nachhaltige Entwicklung diskutiert werden.

1.2 Fragestellung und Vorgehensweise

Im Rahmen der vorliegenden Studie wird eine Untersuchung an einem konkreten Fallbespiel durchgeführt, um die Herausforderungen des demographischen Wandels in einem Teil der Region Hannover aufzudecken und Handlungsansätze für eine nachhaltige Entwicklung darzulegen.

Als räumlicher Betrachtungsgegenstand soll der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf dienen. Mit seiner Lage im westlichen Grenzbereich der Region Hannover zum Landkreis Schaumburg wird der Ort hauptsächlich als Wohnstandort und zunehmend als Gewerbestandort genutzt. Aktuell ist nicht nur im Ortsteil Bantorf, sondern in der gesamten Gemeinde Barsinghausen, ein kontinuierlicher Rückgang der Bevölkerungszahlen zu beobachten. Dies ist ein Trend, der bereits in den vergangenen Jahren eingesetzt hat und auch zukünftig zu erwarten ist (STADT BARSINGHAUSEN 2012[f], NIW 2010).

Um Aussagen über die Auswirkungen des demographischen Wandels treffen zu können, soll die bevölkerungsnahe Daseinsvorsorge sowie die gegebene Infrastruktur in folgenden Feldern betrachtet werden:

- Wohnsituation (Wohnstandortwahl und Situation),
- Nahversorgung (Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs (Lebensmitteleinzelhandel) und im Gesundheitsbereich bezüglich der niedergelassenen Ärzte),
- Bildung (Bildungsangebot im Elementar- und Primärbereich (Kindergarten und Grundschule),
- Freizeit (vorhandene Freizeitangebote, Vereine vor Ort und in der Region),
- Mobilität (Verkehrsinfrastruktur im Bereich ÖPNV, motorisierter Individualverkehr).

Dabei sollen die nachstehenden Leitfragen beantwortet werden:

- Wodurch zeichnet sich der demographische Wandel im Untersuchungsgebiet Barsinghausen-Bantorf aus?
- Wie stellt sich die aktuelle Daseinsvorsorge dar, und welchen Einflüssen unterliegt sie?
- Welche innovativen Handlungsansätze bieten sich für eine nachhaltige Entwicklung an?

In Kapitel 2 wird auf grundlegende theoretische Aspekte eingegangen. Dabei soll zu Beginn eine Auseinandersetzung mit den Begriffen des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge erfolgen. In Bezug auf die Daseinsvorsorge sollen neben einem allgemeinen Abriss auch aktuelle und zukünftige Entwicklungen erläutert werden. Beim demographischen Wandel sollen die Genese des Phänomens der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland dargelegt sowie dessen zukünftige Tendenzen aufgezeigt werden, wobei beispielhaft auf die Tendenzen in ländlichen Räumen, aber vor allem auf die Entwicklungen in der Region Hannover und im Untersuchungsraum Barsinghausen-Bantorf eingegangen werden soll.

Nach dieser theoretischen Betrachtung wird sich im weiteren Verlauf der Studie dem Fallbeispiel Barsinghausen-Bantorf zugewendet. In Kapitel 3 erfolgen die Charakterisierung des Untersuchungsgebiets und die Erläuterung des methodischen Vorgehens im Rahmen der empirischen Untersuchung. Während daran anschließend in Kapitel 4 die Ergebnisse dieser Untersuchung präsentiert werden, zeigt Kapitel 5 anhand zweier Szenarien mögliche zukünftige Entwicklungen für den Untersuchungsraum auf. Aufbauend auf dieser Betrachtung werden in Kapitel 6 Daseinsvorsorge-bezogene

Nachhaltigkeitsinnovationen, die bereits in anderen Regionen Deutschlands erprobt werden, aufgegriffen und auf ihre Übertragbarkeit auf Barsinghausen-Bantorf überprüft, um Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils formulieren zu können. In Kapitel 7 werden die Erkenntnisse resümiert.

2 Demographischer Wandel in Deutschland und Daseinsvorsorge

2.1 Demographischer Wandel

Unter dem Begriff „demographischer Wandel" wird die Veränderung der Bevölkerungsstruktur verstanden. Sie äußert sich in Form von drei Komponenten, die als „weniger, älter, bunter" zusammengefasst werden können (KÖSTERS 2006: 40, BÄHR 2010[5]: 230).

Obwohl ein kontinuierlicher Anstieg der Weltbevölkerung zu verzeichnen ist, wodurch im Jahr 2025 acht Milliarden und 2050 sogar 9,6 Milliarden Menschen auf der Erde leben werden, findet dieser Zuwachs hauptsächlich in den Entwicklungs- und Schwellenländern statt. Im Durchschnitt lebten 2012 von den insgesamt sieben Milliarden Menschen weltweit 5,8 Milliarden in Entwicklungs- und Schwellenländern, bis 2025 steigt ihre Anzahl auf 6,7 und 2050 auf 8,2 Milliarden Menschen. Dies entspricht einer natürlichen Wachstumsrate von 1,2%. Im Kontrast dazu stehen die Industrieländer. Die natürliche Wachstumsrate liegt hier bei nur 0,1%. Zwar wächst somit auch die Bevölkerung in diesen Ländern, allerdings nur auf einem äußerst geringeren Niveau. 2012 lebten 1,24 Milliarden Menschen in den Industrieländern, bis 2025 ist eine Erhöhung um etwa fünf Millionen auf 1,29 Milliarden und bis 2050 auf 1,33 Milliarden Menschen prognostiziert (DSW 2012).

Jedoch betrifft dieser Zuwachs nicht alle Industriestaaten, da insbesondere in den westlichen Ländern die Entwicklung der Bevölkerung stagniert oder sogar schrumpft (Heineberg 2010: 29). Insbesondere in Deutschland lässt sich solch ein Schrumpfungstrend verzeichnen. Erstmals 1970 – als Folge der Einführung der Antibabypille – konnte ein Einbruch bei der Geburtenrate beobachtet werden (HEINEBERG 2010: 72). Dabei stellt die Geburtenrate neben der Sterberate den wesentlichen Faktor bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung dar. Die Totale Fertilitätsrate gibt an, wie viele Kinder pro Frau durchschnittlich geboren werden. In den 1950er Jahren lag die mittlere Geburtenzahl pro Frau in Deutschland noch bei 2,6 Kindern (HEINEBERG 2010: 72), mittlerweile hat sie sich auf 1,4 (STATISTISCHES BUNDESAMT 2009) verringert. Damit sich die Bevölkerung in Deutschland selbst erhalten kann, muss die Geburtenrate allerdings mindestens einen Wert von 2,1 Kinder pro Frau (HEINEBERG 2010: 72) erreichen. Die Gründe für den Rückgang der Geburtenrate sind sehr vielfältig und lassen sich nicht nur auf verbesserte Verhütungsmaßnahmen zurückführen. Als weitere Faktoren gelten eine „sinkende Heiratsneigung, vermehrte Scheidungen, Eheschließungen in späteren Lebensphasen, der Anstieg des mittleren Alters von Frauen bei der Geburt ihres ersten Kindes, Kinderlosigkeit und die Zunahme nicht ehelicher Lebensgemeinschaften" (HEINEBERG 2010: 72).

Das Resultat dieser Entwicklung ist, dass die Sterblichkeit der Menschen nicht mehr durch die natürliche Geburtenrate ausgeglichen werden kann. Zwar stieg die Anzahl der Gesamtbevölkerung von 1950 bis 2000 von 69 Millionen auf 82 Millionen Einwohner (HEINEBERG 2010: 92), allerdings ist dieses Wachstum auch zu einem Großteil auf die Außenwanderungsgewinne zurückzuführen. Der Ausländeranteil ist von 4,5% im Jahr 1973 auf 8,8% in 2010 gestiegen (BPB 2012[b], STATISTISCHES BUNDESAMT 2012). Seit 2003 reichen diese Ströme nicht mehr aus, um den Überschuss an Sterbefällen gegenüber der Geburtenrate auszugleichen, sie verlangsamen den Prozess allenfalls noch (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011). Die Folge wird ein starker Bevölkerungsverlust für das gesamte Bundesgebiet sein, wobei es Schwankungen zwischen den Bundesländern, Regionen sowie Städten und Gemeinden gibt. Dabei wird sich auch das Binnenwanderungsverhalten der Bevölkerung regional auswirken. Während Metropolen Wanderungsgewinne verbuchen können, sind viele andere Regionen von Abwanderungen gekennzeichnet. Vor allem die Neuen Bundesländer sind hiervon betroffen. Allein zwischen 1991 und

2008 zogen 1,1 Millionen Einwohner von den Neuen in die Alten Bundesländer. Allerdings muss von einer Abschwächung der Ost-Westwanderung ausgegangen werden, da im Osten durch die geringen Geburtenraten seit den 1990er Jahren inzwischen immer weniger Menschen ins erwerbstätige Alter kommen und arbeitsbedingt wegziehen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011).

Da die Geburtenrate und auch die Zuzüge von außen unter dem „Bestandserhaltungsniveau“ (BIB 2012) liegen, sinkt die Bevölkerungszahl – bis auf temporäre Schwankungen – seit 2003 kontinuierlich. Derzeit leben in Deutschland 81,8 Millionen Menschen, laut der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Einwohnerzahl bis 2030 auf 79,0 Millionen sinken. Für 2060 wird sogar ein drastischer Rückgang auf 70,1 Millionen prognostiziert (BPB 2012).

Neben dem Rückgang der Bevölkerungszahl ist auch die Veränderung der Altersstruktur innerhalb der Bevölkerung ein wesentliches Kennzeichen des demographischen Wandels in Deutschland. Konnte um 1910 in Deutschland von einem Idealtyp der Alterspyramide in Form eines Dreiecks gesprochen werden, was eine konstant hohe Geburtenrate und eine zunehmende Sterberate mit steigendem Alter skizziert, tendiert die heutige Form immer mehr in Richtung einer Urne. Die Altersgliederung bei dieser Grundform charakterisiert sich durch eine hohe Lebenserwartung und eine kontinuierlich abnehmende Geburtenzahl, die auf eine Schrumpfung der Gesellschaft hindeuten. Aktuell weist die Alterspyramide jedoch noch einige „Auswüchse“ und Unregelmäßigkeiten in ihrer Darstellung auf, wie in Abb. 1 zu sehen ist. Diese sind beispielsweise auf den Baby-Boom nach dem 2. Weltkrieg oder den Pillenknick in den 1960er Jahren zurückzuführen (HEINEBERG 2010: 60-61). Die in Abb. 1 dargestellten Alterspyramiden wurden auf der Grundlage der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1 W-1 erstellt. Es handelt sich hierbei um eine Fortschreibung auf Basis der Bevölkerungstendenzen von 1950 bis 2008 bzw. um eine Vorausberechnung für den Zeitraum von 2009 bis 2060. Um eine Vorhersage über die quantitative Entwicklung der Altersgruppen unter 20 Jahren, zwischen 20-64 Jahren und über 65 Jahren für 2010 und 2030 zu treffen, wurden entsprechend des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2009) folgende Annahmen der Variante 1 W-1 verwendet:

- Geburtenhäufigkeit annähernd konstant bei 1,4 Kindern je Frau,
- Lebenserwartung von Neugeborenen im Jahr 2060: 85,0 Jahre für Jungen, 89,2 Jahre für Mädchen,
- Jährlicher Wanderungssaldo: + 100.000 Personen.

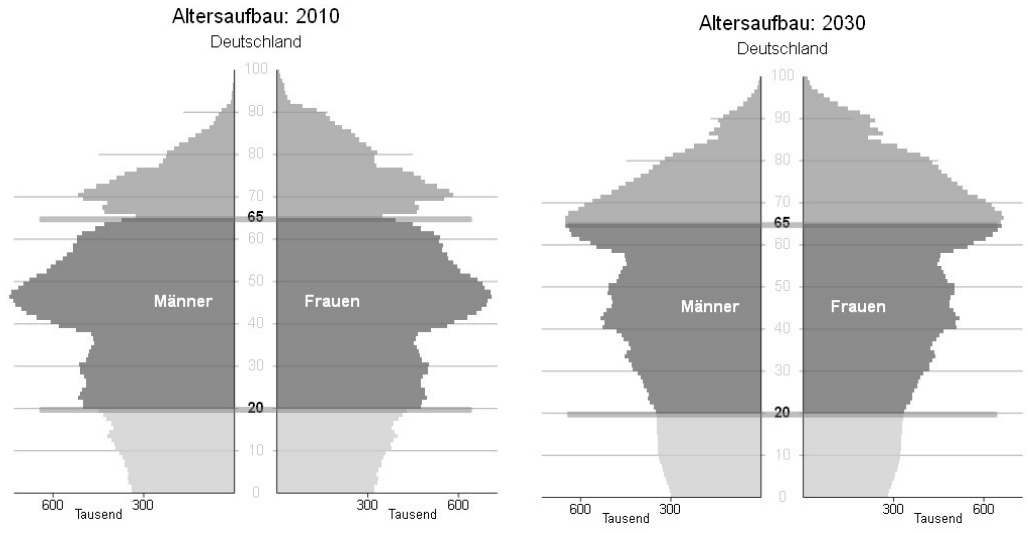

Abb. 1: Altersaufbau der Bevölkerung in Deutschland (Quelle: nach STATISTISCHES BUNDESAMT 2009).

Die Alterspyramide von 2030 lässt im Vergleich zu 2010 bereits eindeutige Tendenzen bezüglich der Bevölkerungsentwicklung erkennen. Der grüne Bereich der Erwerbstätigen wird von den heute unter 20-Jährigen übernommen, die einen deutlich geringeren Bevölkerungsanteil von nur noch 42,1 Millionen bzw. 54% der Gesamtbevölkerung ausmachen. Dieser Trend wird sich künftig noch weiter verstärken, da der Anteil der „nach oben" nachrückenden unter 20-Jährigen im Jahr 2030 nur noch bei einem Bevölkerungsanteil von 12,9 Millionen bzw. 17% liegt, wodurch zukünftig noch weniger Erwerbstätige in Deutschland leben werden. Hingegen steigt der Anteil der über 65-Jährigen enorm an, was zusätzlich durch den Übertritt der geburtsstarken Generationen um 1964 beeinträchtigt wird. Mit 22,6 Millionen Menschen bzw. 29% der Gesamtbevölkerung erreicht dieser Abschnitt der Alterspyramide einen Zuwachs von acht Prozent (STATISTISCHES BUNDESAMT 2009, STATISTISCHES BUNDESAMT 2011).

Der demographische Wandel und die daraus resultierende Schrumpfung und Überalterung der Gesellschaft wird nicht nur Auswirkungen auf die Gesundheits-, Renten- und Pflegekosten haben, sondern auch einen erheblichen Nachfragerückgang sowie eine veränderte Nachfrage bezogen auf Daseinsvorsorgeeinrichtungen mit sich führen (HEINEBERG 2010: 93).

2.2 Daseinsvorsorge

Historisch betrachtet geht die Entstehung der Daseinsvorsorge auf die deutsche Industrialisierung und Verstädterung der 1930er Jahre zurück. Ihr Begründer ist der Verwaltungsjurist Ernst Forsthoff, der 1938 in seiner Schrift „Die Verwaltung als Leistungsträger" den Grundstein legte und in seinem 1958 erschienen Nachfolgewerk „Die Daseinsvorsorge und die Kommunen" die Definition des Begriffs weiterentwickelte (KNORR ET AL. 2005, NEU 2009: 9-10). Eine genaue Definition, inwieweit der Staat für die Schaffung von Daseinsvorsorgeleistungen und -einrichtungen bürgen muss bzw. welche Bereiche überhaupt darunter fallen, ist allerdings nicht klar gegeben.

Es finden sich diesbezüglich unterschiedliche Auffassungen, so bezeichnet das BBSR (2012) die Daseinsvorsorge als „Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht". Eine Erläuterung, welche Dienstleistungen oder Einrichtungen damit genau gemeint sind, wird hingegen nicht gegeben. Dem gegenüber ist die Definition des DIFU (2012) schon etwas deutlicher gefasst. Sie benennt die klassischen Ausprägungen der Daseinsvorsorge „Abfallbeseitigung, […] Versorgung mit Wasser, Gas und Strom sowie [den] Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs". Noch etwas präziser ist die Auslegung des DGB (2012), die nochmals über die Definition des DIFU (2012) hinausgeht. Sie spricht von einer zu gewährleistenden Minimalversorgung in den Bereichen „Ver- und Entsorgung (Gas, Wasser, Strom, Abfall), Bildungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Verkehrswege, öffentliche Verkehrsmittel und eine funktionierende öffentliche Verwaltung" (DGB 2012).

Strittig ist jedoch bei allen drei Definitionen der Umfang dieser Versorgungsgrundlagen bzw. inwieweit der Staat einer Erfüllungspflicht nachkommen muss. Sowohl der DGB (2012) als auch das DIFU (2012) sprechen von einer „Grundversorgung" (DGB 2012) oder sogar von „Existenzsicherung" bzw. einer „zivilisatorischen Grundversorgung" (DIFU 2012).

Ein wesentliches Problem bei der genauen Auslegung der Daseinsvorsorge ist der nicht gegebene rechtliche Rahmen. Zwar ist ein wesentliches Leitziel der Raumordnungspolitik in Deutschland die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse, welches in § 1 Abs. 2 ROG verankert ist. Wie dieses Ziel interpretiert werden soll, ist allerdings seit Jahren Gegenstand kontroverser fachlicher und politischer Diskussionen. Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland findet sich kein konkreter Artikel oder Absatz, der eine rechtliche Garantie für Daseinsvorsorgeleistungen bzw. -einrichtungen für die Bürger und Bürgerinnen bekräftigt (KNAUFF 2004: 180-181). Dass der Staat trotzdem der Erfüllung dieser Aufgaben nachkommt, kann auf mehrere Artikel des Grundgesetzes zurückgeführt werden. Zum einen geht dies aus den Grundrechten wie Art. 1 Abs. 1 GG hervor:

> „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlicher Gewalt“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: 14).

Zur Schaffung und zum Schutz der Menschenwürde bzw. zu einem menschenwürdigen Leben kann bereits die Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen und Gütern wie Strom, Wasser, Gas und die Beseitigung von Abfall gezählt werden. Einen weiteren Anhaltspunkt bietet Art. 3 GG:

> „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: 14).

Somit muss neben einem menschenwürdigen Leben auch der Gleichheitsgrundsatz berücksichtigt werden, nach dem der Staat allen Menschen ein gleichwertiges Dasein ermöglichen muss, was in einer „modernen Gesellschaft [nicht] ohne einen materiellen Mindeststandard“ zu erreichen ist (KNAUFF 2004: 186). Abschließend sei noch Art. 20 Ab. 1 GG genannt, in dem festgehalten wird:

> „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: 23).

An dieser Stelle wird darauf verwiesen, dass Deutschland ein Sozialstaat ist. Bezeichnet wird damit „die Ausrichtung staatlichen Handelns auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit, auf die Sicherung eines sozialen Existenzminimums für alle sowie die Milderung der ökonomischen Ungleichverteilung und der sozialen (Klassen-, Schichten-, Gruppen-)Gegensätze“ (BPB 2003). Unterstützt wird diese Aussage zudem in Art. 20a GG:

> „Der Staat schützt […] die natürlichen Lebensgrundlagen […] im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung“ (DEUTSCHER BUNDESTAG 2002: 23).

Angesichts der dargelegten Artikel des Grundgesetzes, in denen die Menschenwürde, der Gleichheitsgrundsatz sowie das Sozialstaatsprinzip niedergeschrieben stehen und von Artikel 20a nochmals rechtlich bekräftigt werden, besteht folglich ein Anspruch auf eine Daseinsvorsorge. Ungeklärt bleibt indes weiterhin der genaue Umfang der zu erbringenden Leistungen, vielmehr kann diesbezüglich von einem „Leitbild“ gesprochen werden, an deren gesetzlichen Grundlage sich die bundesdeutsche Daseinsvorsorge orientiert (KRAPPWEIS 2006).

Für die Schaffung und den Erhalt von Daseinsvorsorgeeinrichtungen sowie Dienstleistungen sind aufgrund der „vertikalen Gewaltenteilung“ (BPB 2012[a]) im Zuge der Föderalismusreform zudem nicht der Bund, sondern in erster Linie die Bundesländer bzw. die Kommunen und Gemeinden zuständig. Demnach ist es Aufgabe der Kommunen, die Grundformen der menschlichen Daseinsäußerungen zu befriedigen. Zum Katalog der Grunddaseinsfunktionen gehören laut der Sozialgeographie sieben Ansprüche, die zu einem ausgeglichenen Gesellschaftsverhältnis führen und deren Funktionieren ermöglichen (WERLEN 2008: 158-159):

1. in Gemeinschaft leben/ öffentliche Verwaltung,
2. wohnen,
3. arbeiten,
4. sich versorgen bzw. konsumieren,
5. sich bilden,
6. sich erholen,
7. Verkehrsteilnahme.

Diese Daseinsgrundfunktionen lassen sich nochmals in zwei Varianten aufspalten. Dazu zählt einerseits die technische Infrastruktur, die den Verkehr in Bezug auf Straßennetze und öffentliche Verkehrsmittel sowie die Kommunikation, Abfallwirtschaft und Wasser- und Energieversorgung beinhal-

tet. Anderseits handelt es sich um die soziale Infrastruktur, die Bildungseinrichtungen wie Schulen und Kindergärten umfasst, aber auch Krankenhäuser oder die Schaffung von Wohnraum (DIFU 2012).

Dabei ist zu erkennen, dass das Aufgabenspektrum der Kommunen für die Schaffung und den Erhalt der öffentlichen Daseinsvorsorge sehr breit gefächert ist. Zudem ist es durch mehrere Faktoren gefährdet. Als wesentliche Einflüsse gelten die grenzüberschreitenden Liberalisierungs- und Deregulierungsbestrebungen seitens der EU, die seit den 1990er Jahren immer mehr an Bedeutung gewinnen sowie die Haushaltsdefizite der Kommunen (DIFU 2012, BBSR 2012, DGB 2012).

In Zukunft wird als weiterer maßgeblicher Faktor in immer mehr Regionen der demographische Wandel hinzukommen, dessen Folgen in Form einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft den Erhalt von Daseinsvorsorgeleistungen und -einrichtungen zusätzlich erschweren wird. Davon betroffen sind vor allem die ländlichen Räume. Aber auch urbane Räume, die einer Schrumpfung unterliegen müssen ihre Daseinsvorsorgeeinrichtungen neu strukturieren.

Im folgenden Abschnitt sollen deshalb die Herausforderungen beleuchtet werden, die der demographische Wandel in Bezug auf die Daseinsvorsorge mit sich bringt. Zudem stellt sich die Frage, welche öffentlichen Dienstleistungen weiterhin von Kommunen getragen werden sollen und können und ob Teilbereiche mit Hilfe neuer Kooperationsformen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft abgedeckt werden können.

2.3 Herausforderungen für ländliche und stadtnahe Räume in Deutschland

Anhand der dargelegten Entwicklungstrends bezüglich des demographischen Wandels und der Daseinsvorsorge ist erkennbar, dass der Rückgang der Bevölkerung sowie die zunehmende Überalterung der Gesellschaft Folgen für die gesamte Bundesrepublik haben werden. Allerdings gibt es ein Nebeneinander von wachsenden und schrumpfenden Regionen. Von Schrumpfungsprozessen besonders stark betroffen sind bisher die Neuen Bundesländer wie beispielsweise Mecklenburg-Vorpommern. Mecklenburg-Vorpommern gilt als „Extremfall“ für die Auswirkungen des demographischen Wandels und den Verlust von Daseinsvorsorgeeinrichtungen (IMAG 2011).

Deshalb soll im Folgenden ein Einblick gegeben werden, welche Auswirkungen der demographische Wandel und der Rückgang von Daseinsvorsorgeeinrichtungen schon heute in Deutschland haben. Dabei werden die bisher besonders betroffenen ländlichen Regionen beispielhaft vorgestellt. Sie können als Schaufenster dienen für Entwicklungsprozesse, die zunehmend auch stadtnahe Gebiete bzw. Siedlungen in verstädterten Räumen wie der Region Hannover betreffen.

Im Jahr 2011 lebten in Mecklenburg-Vorpommern 1.634.734 Menschen (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2012). Das Bundesland ist aber von einem enormen Bevölkerungsrückgang betroffen. Allein seit dem Fall der Mauer bis zum Jahr 2006 verringerte sich die Bevölkerung um 11,2% (Bertelsmann Stiftung 2012). Auch zukünftig wird dieser Trend anhalten. Nach Berechnungen der Bertelsmann Stiftung (2012) wird die Bevölkerung bis 2030 nochmals um 12,5% abnehmen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung in erster Linie auf den Geburtenrückgang sowie die anhaltende Abwanderung.

Durch die gestiegene Lebenserwartung und die Abwanderung vor allem junger Menschen steigt zudem das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Lag dieses im Jahr 1989 noch bei 36 Jahren, erhöhte es sich in den Folgejahren bis auf 43,3 Jahren (2006) und wird bis 2020 auf 49 Jahre steigen, wobei ein Ende dieses Anstiegs derzeit nicht abzusehen ist (Bertelsmann Stiftung 2012).

Die Konsequenzen aus dem Wegzug der Jungen und der Zunahme der Alten wirken sich negativ auf den Erhalt von Daseinsvorsorgeleistungen sowie -einrichtungen aus. Die Nachfrage in den Bereichen Wohnen, Arbeiten, Versorgen, Freizeit und Nahverkehr sinkt, sodass sich die Abhängigkeit ländlicher Gebiete von städtischen Standorten erhöht. Dies wiederrum führt dazu, dass die Regionen weiterhin an Attraktivität verlieren und immer mehr Menschen abwandern. Zusätzlich verschlechtert

sich die Lage der verbleibenden, zumeist älteren Bevölkerung, deren Mobilität mit zunehmendem Alter weiter abnimmt, was eine Selbstversorgung erschwert.

Anders als in Mecklenburg-Vorpommern weist Niedersachsen eine verhältnismäßig konstante Bevölkerungszahl auf. Bis zum Jahr 2005 stieg diese sogar leicht auf 7.994.000 Einwohner an. Aktuell wurde ein Rückgang auf 7.914.000 Menschen verzeichnet (STATISTA 2012). Allerdings wird damit gerechnet, dass in den nächsten Jahren trotzdem keine großen Bevölkerungsverluste eintreten werden. Erst ab 2020 wird mit einem beginnenden Rückgang gerechnet, der im Laufe der Zeit immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Im Jahr 2050 werden in Niedersachsen immer noch 7,4 Millionen Menschen leben, was im Bundesdurchschnitt eine günstige Entwicklung darstellt. Dabei ist diese positive Bilanz zu einem Großteil auf positive Wanderungssalden zurückzuführen (BERTELSMANN STIFTUNG 2009).

Regional betrachtet stellt Niedersachsen ein „Land der Extreme“ dar, es kann von einem Gefälle zwischen Nord-West und Süd-Ost gesprochen werden. Im Hinblick auf die Geburtenrate liegen nordwestliche Regionen wie Cloppenburg oder Vechta bei 1,88 bzw. 1,72 Kindern pro Frau. Hingegen finden sich im südöstlichen Raum Fertilitätsraten, die teilweise unter dem Bundesdurchschnitt von 1,4 Kindern je Frau liegen. Auch der Anteil der Alten und Hochbetagten ist in diesen Kreisen höher. Die Spitze bildet der Landkreis Osterode am Harz mit einem Bevölkerungsanteil der über 75-Jährigen von 11% und einem Bevölkerungsverlust von -17,3% (BERTELSMANN STIFTUNG 2009).

Für die Region Hannover, an dessen westlichem Randgebiet auch das Untersuchungsgebiet Barsinghausen-Bantorf liegt, weisen die Zahlen immer noch eine positive Tendenz auf. In der Untersuchungsregion haben sich seit den 1970er Jahren vor allem gut situierte junge Paare und Familien aus der Landeshauptstadt angesiedelt. Dieser Trend, der jedes Jahr 3.500 Menschen aus der Stadt auf das „Land“ lockte (Bertelsmann Stiftung 2010), hat sich mittlerweile umgekehrt. Für den Zeitraum zwischen 2012 und 2025 wird die Landeshauptstadt einen Bevölkerungszuwachs von 2,3% erfahren, während das Umland um 2,1% schrumpfen wird (REGION HANNOVER 2012[a]). In diesem Zusammenhang wird von einer urbanen Renaissance gesprochen.

Als Herausforderungen für die umliegenden Räume gelten in erster Linie die Sicherung vorhandener Strukturen und der Ausbau „lebendiger Dörfer“ (BERTELSMANN STIFTUNG 2009). Besonders strittige Probleme für die kommunale Politik sind zudem die Bereiche Familie, Bildung, Integration, Landesentwicklung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung sowie die Finanzpolitik. Insbesondere der Faktor Finanzen kann geplante Maßnahmen einschränken oder sogar scheitern lassen, da sich wirtschaftliche Wachstumsschwächen und Haushaltskonsolidierungskurse negativ auswirken (BERTELSMANN STIFTUNG 2009).

3 Untersuchungsgebiet und Methodik

3.1 Der Ortsteil Bantorf in der Gemeinde Barsinghausen

Nachdem zuvor dargelegt wurde, welche Herausforderungen der demographische Wandel bezüglich der Daseinsvorsorge in sich birgt, soll in diesem Kapitel das Untersuchungsgebiet konkreter betrachtet werden.

Die Region Hannover, die sich aus 21 Städten und Gemeinden zusammensetzt, gehört zur Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg. Die Region Hannover entstand im November 2001 aus einer Zusammenlegung des Landkreises Hannover und der kreisfreien Stadt Hannover. Heute leben hier insgesamt 1,1 Millionen Menschen (REGION HANNOVER 2012). Obwohl in der Region Hannover durchaus ländlich geprägte Strukturen zu finden sind, gilt das Gebiet laut der Raumabgrenzung des BBSR als „städtischer Kreis“. Ein solcher Kreis muss mindestens eine Einwohnerdichte von. 150 E./km^2 aufweisen (BBSR 2011). Die Region Hannover überschreitet diese Mindestanforderung mit 490 E./km^2 deutlich (BBSR 2010).

Im Südwesten der Region befindet sich das Untersuchungsgebiet Bantorf, welches in direkter Angrenzung zum Landkreis Schaumburg liegt (Abb. 2). Gleichzeitig gehört es dem Calenberger Land an, einer historischen Landschaft zwischen dem Fluss Leine und dem Höhenzug des Deisters (GETOUR GMBH 2012). Bantorf selbst ist einer von insgesamt 18 Ortsteilen, die der Gemeinde Barsinghausen angehören. Es wurde im Zuge der Eingemeindung am 1. März 1974 an die Stadt Barsinghausen angegliedert. Auch hier im Agglomerationsraum der Stadt Hannover ist die Bevölkerungsdichte mit 326,4 E./km^2 immer noch verhältnismäßig hoch (LSKN 2011).

Abb. 2: Die Gemeinde Barsinghausen und ihre 18 Ortsteile (Quelle: STADT BARSINGHAUSEN 2012[f]).

Aufgrund seiner Siedlungsstruktur kann der Ortsteil Bantorf als Großdorf klassifiziert werden, was einer Wohnstättenanzahl von weniger als 500 Häusern und einer Einwohnerzahl von unter 2.500 Einwohnern entspricht (BORSDORF & BENDER 2010: 236). Nach LIENAU (1995²) weist das untersuchungsgebiet deutliche Eigenschaften ländlicher Siedlungen auf, da noch immer ein Großteil der Flächen landwirtschaftlich genutzt und nicht überbaut wurde. Zudem weist der Ort eine geringe Größe und innere Differenzierung auf. Obendrein beherrschen hauptsächlich Ein- und Zweifamilienhäuser das Ortsbild, wobei zugleich von einer verhältnismäßig sozial überschaubaren Gesellschaft ausgegangen werden kann.

Historisch betrachtet wurde der Ort erstmals in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts urkundlich erwähnt. Er setzt sich aus drei zusammengewachsenen Siedlungen zusammen. Dem „eigentlichen Bantorf“ Buthingthorpe (1043) oder Bodindorp (1226), später auch Bandorp (1542), dem Ortsteil Elbinghusen (1216) oder Ebbingehusen, der seinen Namen zu Beginn des 18. Jahrhunderts aufgab, sowie einem dritten Ortsteil namens Luttringhausen (1303), auch als Loteringhusen oder Lutterinchhusen bekannt. Als ein Ort wurden die drei Siedlungen allerdings erst seit ca. 1700 betrachtet (LOHMANN 2012: 4-9).

Insgesamt leben in der Stadt Barsinghausen und den dazugehörigen Ortsteilen aktuell 33.961 Einwohner, wovon 13.785 Personen auf die Stadt und 20.176 Personen auf die umliegenden Ortsteile entfallen (NIW 2010, STADT BARSINGHAUSEN 2012[c]). Der Ortsteil Bantorf weist derzeit eine Einwohneranzahl von 1.206 Einwohnern auf (STADT BARSINGHAUSEN 2012[a]).

Die Entwicklung der Bevölkerung war stets dicht an die wirtschaftliche Entwicklung des Ortes gebunden. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts stieg die Bevölkerungszahl des bis dato vornehmlich landwirtschaftlich geprägten Ortes bedeutsam an. Lag die Einwohnerzahl 1821 noch bei 307 Personen, stieg sie bis 1905 sprunghaft auf 751 an (STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 18). Grund hierfür waren Zuzüge aus dem Umland, da in Bantorf ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit dem Abbau von Steinkohle begonnen wurde, wodurch rund 500 Menschen Beschäftigung als Bergarbeiter fanden (STADT BARSINGHAUSEN 2012[f]).

Einen erneuten Zustrom erhielt der Ort aus den Flüchtlingsströmen zum Ende des 2. Weltkrieges, sodass im Jahr 1946 1.347 Einwohnern im Dorf lebten (Statistisches Amt Hannover 1988: 18). Mit dem Ende des Bergbaus 1954 bzw. 1960 wanderten viele Menschen ab, sodass die Einwohnerzahl auf 995 im Jahr 1961 sank (STADT BARSINGHAUSEN 2012, STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 18). Durch Zuzüge von außen und vermutlich im Zusammenhang mit dem Baby-Boom der Nachkriegsjahre stieg die Bevölkerung in den darauffolgenden Jahren – wie im gesamten Bundesgebiet – wieder an und konnte sich stabilisieren. Dadurch erlangte die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 1974 mit 1.371 Menschen ihren Höchststand (STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 18). Seitdem sinkt die Zahl der Bevölkerung kontinuierlich. Tabelle 1 zeigt den Rückgang der Geburten im Verlauf der letzten 20 Jahre für den Ortsteil Bantorf.

Tab. 1: Entwicklung der Anzahl der Geburten im Ortsteil Bantorf zwischen 1992 und 2012 (Quelle: nach STADT BARSINGHAUSEN 2012[2]).

Geburtsjahr:	Anzahl der geborenen Kinder:
1992	15
2002	12
2012	6

Der Geburtenrückgang ist nicht nur ein Phänomen im Ortsteil Bantorf, sondern in der gesamten Gemeinde Barsinghausen. Derzeit liegt die Gesamtbevölkerung bei 33.961 Einwohnern. Für 2015 wird ein Rückgang um 2,4% auf 32.862 erwartet. Ferner wird laut der Berechnungen des NIW (2010) bis 2030 ein Verlust von fast 5% auf 28.951 Personen eintreten. Damit folgen die Gemeinde Barsinghausen und somit auch der Ortsteil Bantorf dem Trend der negativen Bevölkerungsentwicklung in Niedersachsen wie Abb. 3 noch einmal veranschaulicht. Im Gegensatz dazu wird die Bevölkerungszahl der gesamten Region Hannover erst ab dem Jahr 2020 konstant sinken (BERTELSMANN STIFTUNG 2009).

Wie bereits in der Auseinandersetzung mit der Bevölkerungsentwicklung im Untersuchungsgebiet angeklungen ist, lebte die ansässigen Einwohner bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts fast ausschließlich von der Landwirtschaft. Zusätzlich wurde der Schäferei sowie vereinzelt auch der Arbeit als Steinhauer in den Steinbrüchen des Deisters nachgegangen (LOHMANN 2012: 9, 20). Erst die Suche nach Steinkohle im Carlschacht ab 1854 und im Antonieschacht ab 1858 sowie die einsetzende Förderung ab 1873 bescherten dem Ort eine wirtschaftliche Basis und Arbeitsplätze. Insbesondere das Zechengelände des Antonieschachts auf dem Thiefeld wurde ausgebaut sowie die Förderanlage vergrößert, und sie erhielt ein eigenes Anschlussgleis, was eine direkte Verbindung zur im nördlichen Teil des Dorfes verlaufenden Eisenbahnstrecke zwischen Haste und Hannover darstellte. Dementsprechend stieg auch die Anzahl der Arbeitnehmer von anfangs 139 auf über 500 Bergleute an. Ab 1928 wurde der Bergbau nach und nach eingestellt und endete schließlich 1960 mit der Schließung des Mooshütten- und Strutzbergstollen, die bis dato noch im Deister betrieben wurden (ARCHIV DER STADT BARSINGHAUSEN).

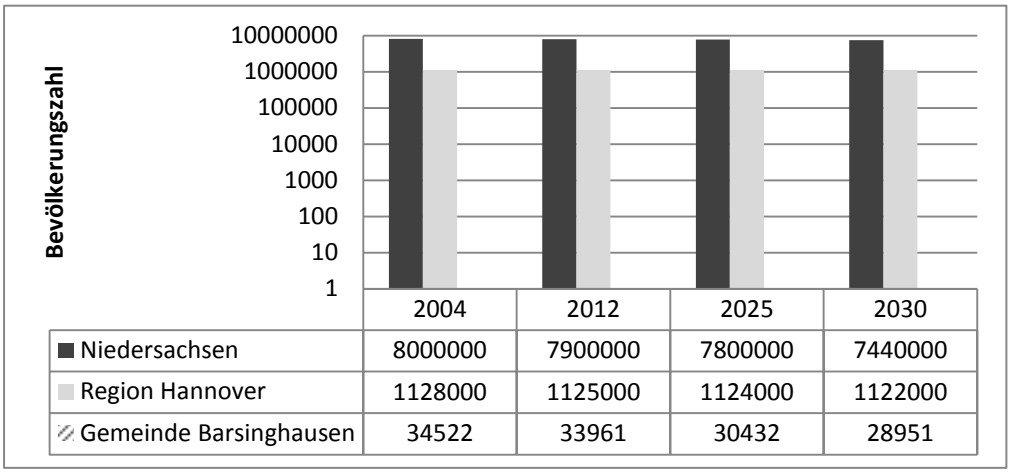

Abb. 3: Rückgang der Bevölkerung in Niedersachsen, der Region Hannover und der Gemeinde Barsinghausen zwischen 2004 und 2030 (Quelle: nach KLUG & STARMANN 2008, NLS 2004, NIW 2010, LSKN 2011[a], LSKN 2012, STADT BARSINGHAUSEN 2012[a]).

Neben dem Bergbau etablierte sich ab 1920 eine Rübensaftfabrik, die im Zuge der Entbehrungen des 1. Weltkrieges entstand und die umliegende Bevölkerung mit Stips, einem aus Rübensaft gewonnenen Brotaufstrich, versorgen sollte. Eine genaue Anzahl der Beschäftigten ist nicht überliefert. Es waren vornehmlich Frauen, die aus den Rüben in Handarbeit Saft gewannen. Mit einem Stromanschluss, der eine maschinelle Verarbeitung zuließ, konnten ab 1922 auch größere Mengen gewonnen werden. Zwischen 1932 und 1938 wurde die Fabrik erneut erweitert, da die Produktion jährlich stieg. Während des 2. Weltkrieges stammte nur noch ein Viertel der Arbeitskräfte aus dem Ort, der Rest der Belegschaft waren Fremdarbeiter und Kriegsgefangene. Mit dem Ende des Krieges und der andauernden Besatzung zwischen 1945 und 1947 ruhte indes die Produktion. Erst 1974 wurde die Stipsfabrik endgültig geschlossen (ARCHIV DER STADT BARSINGHAUSEN 1984).

Damit waren neben der Landwirtschaft zwei weitere wirtschaftliche Grundsäulen vorhanden, die dem Ort Arbeitsplätze verschafften und für einen Zuwachs an Einwohnern sorgten. Durch den Anstieg der Bevölkerung in Bantorf entstanden auch kleine Einzelhandelsgeschäfte, Arztpraxen, und je eine Post- und Bankfiliale, wodurch eine Nahversorgung der Menschen vor Ort gesichert wurde. Damit wurde der Ort als Unterzentrum eingestuft, da die Grundversorgung der Bevölkerung nicht nur in Bezug auf die Nahversorgung mit Lebensmitteln und einer medizinischen Versorgung gewährleistet werden konnte, sondern auch ein Bildungsangebot (Grundschule) und Freizeitangebote (Vereine) vorhanden waren.

Aktuell sind noch mehrere Vereine und die Grundschule, zu der mittlerweile auch ein Kindergarten gehört, vorhanden. Alle weiteren erwähnten Daseinsvorsorgeeinrichtungen bestehen nicht mehr. Im Gegenzug wurden im nördlichen Teil des Ortes zwei Gewerbegebiete ausgewiesen. Das erste Gewerbegebiet „Am Kronskamp“ entstand im Zuge des Baus der Bundesautobahn A2, die eine wichtige Nord-Süd-Achse für den Verkehr darstellt. Hier siedelten sich anfangs eine Tankstelle mit späterem Rastplatz sowie ein Hotel und das Schnellrestaurant McDonalds an. In der näheren Vergangenheit kam mit Kentucky-Fried-Chicken eine weitere Fastfood-Kette hinzu. Des Weiteren befinden sich im Gewerbegebiet „Am Kronskamp“ zwei Spielcasinos (Merkur, Spielstation) sowie ein Erotikmarkt (Beate Uhse) und ein Fachhandel für Pferdesport.

Ein zweites, größeres Gewerbegebiet befindet sich ebenfalls im nördlichen Teil des Ortes und ist als Gewerbegebiet „Bantorf-Nord“ ausgeschrieben. Seit 2006 siedelten sich hier mehrere Unternehmen an. Zum einen ist dies die Lyreco Deutschland GmbH, die ihr Unternehmen für Bürobedarf auf dem 73ha großen Gebiet errichtete, zum anderen gehört dazu die Supermarktkette Kaufland, die ihr

Logistikzentrum für den Bereich Norddeutschland ansiedelte und im Jahr 2013 den Betrieb aufgenommen hat. Laut des Bebauungsplans Nr. 137 „Gewerbegebiet Bantorf-Nord“ sind noch weitere Flächen ausgeschrieben, auf denen auch das Naturkosmetikunternehmen Laverana eine Bebauungsfläche erworben hat (mdl. Mitteilung DÖRRIES, P., Mitarbeiter der Stadtentwicklungsgesellschaft Barsinghausen vom 07.01.2013).

Die Entwicklungen der vergangenen Jahre zeigen deutlich, dass der Ort einem Wandel unterliegt. Aber entgegen der Zunahme an gewerblichen Flächen und somit an Arbeitsplätzen ist bisher kein Anstieg, sondern weiterhin ein kontinuierlicher Rückgang der Bevölkerungszahlen zu verzeichnen (STADT BARSINGHAUSEN 2012). Somit muss in dieser Studie ebenfalls der Frage nachgegangen werden, warum die Menschen, die vor Ort arbeiten, nicht auch ihren Wohnort in den Ortsteil Barsinghausen-Bantorf verlegen.

Infrastrukturell ist der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf in mehrfacher Hinsicht gut erschlossen - sowohl in Bezug auf das PKW-Straßennetz, als auch im Bereich des öffentlichen Nahverkehrs. Die Bundesautobahn A2 (Dortmund – Berlin) verläuft am westlichen Randgebiet des Ortes. Den Hauptverkehrsträger bildet die Bundesstraße B65 (Osnabrück-Vechelde), die sich durch den nördlichen Teil des Ortes erstreckt. Hinzu kommt eine Vielzahl an Landes- und Kreisstraßen, die den Ort mit den Nachbargemeinden und dem Landkreis Schaumburg sowie dem Rest der Region Hannover verbinden.

Entlang der B65 verläuft die Bahnstrecke der S-Bahnlinie Hannover-Nienburg, die an Wochentagen halbstündlich und an Wochenenden sowie Feiertagen stündlich verkehrt und Anschlussmöglichkeiten zum Umsteigebahnhof Haste oder zum Hauptbahnhof Hannover ermöglicht. Die Fahrt nach Haste, von wo aus Anschlusszüge nach beispielsweise Minden oder Bremen fahren, kann innerhalb von 10 Minuten erreicht werden. Eine Fahrt zum Hauptbahnhof Hannover dauert ca. 40 Minuten, da an 13 Zwischenhaltestellen gestoppt wird (DB 2012).

Neben der S-Bahn der Deutschen Bahn halten auch zwei Buslinien des RegioBus im Ort. Zum einen ist dies die Linie 533, die an Wochentagen stündlich entlang der B65 fährt und eine Haltestelle am Bahnhof in Bantorf anfährt. Sie stellt eine Verbindung zwischen Bad Nenndorf und Empelde dar. Eine Fahrt nach Bad Nenndorf dauert ca. 10 Minuten, nach Empelde dauert sie ca. 40 Minuten (GVH 2012). Zum anderen gibt es die Buslinie 530, die Bantorf und die umliegenden Ortsteile Wichtringhausen, Winninghausen und Hohenbostel mit der Stadt Barsinghausen verknüpft. Besonders für Schulkinder und ältere Einwohner stellt die Buslinie eine praktische Verkehrsanbindung dar, weil sie durch den Ortskern verläuft und an sieben Haltestellen im Ort Halt macht. Der Bus fährt im Stundentakt und benötigt aufgrund der vielen Zwischenstopps ungefähr eine halbe Stunde, um in das ca. 5 km entfernte Mittelzentrum Barsinghausen zu gelangen (GVH 2012).

3.2 Methodisches Vorgehen

Im Rahmen dieser Studie wurde im Dezember 2012 und im Januar 2013 eine empirische Untersuchung durchgeführt, welche die Lebensbedingungen bzw. die Lebensqualität im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf analysiert. Die Planung und Umsetzung dieser Datenerhebung orientierte sich an zwei Ansätzen der empirischen Sozialforschung, die im Folgenden näher erläutert werden.

Zum einen stützte sich die Untersuchung auf qualitative Interviews. Sie verzichten größtenteils auf standardisierte Vorgaben und orientieren sich höchstens an einem „roten Faden“. Durch ihre offene Durchführung ermöglichen sie dem Interviewer ein hohes Maß an Flexibilität bei der Reihenfolge und Gestaltung der Fragen. Für den Interviewten bedeutet dies, dass er uneingeschränkt und sehr subjektiv antworten kann. Dies führt zu einer Steigerung des Informationsgehaltes bei den jeweiligen Themenbereichen. Daraus ergibt sich gleichzeitig ein wichtiger Nachteil der qualitativen Befragung, da Antworten wenig repräsentativ sind und sich nicht für zahlenmäßige Aussagen eignen. Sie sind somit wenig vergleichbar (MEIER, KRUKER & RAUH 2005). Insgesamt wurden 10 Interviews durchgeführt. Ziel

war es, genauere Einblicke in die Strukturen der Daseinsvorsorge in Barsinghausen-Bantorf im regionalen Kontext zu erlangen.

Zum anderen wurde auf eine quantitative Befragung zurückgegriffen, bei der standardisierte, größtenteils geschlossene Fragen zum Einsatz kamen. Die Ergebnisse sind somit vergleichbar und können Zusammenhänge und zahlenmäßige Ausprägungen genauer beschreiben. Zudem sind sie geeignet, um Prognosen für die Zukunft zu erstellen (MEIER, KRUKER & RAUH 2005). Bei der Befragung wurde sich auf die Altersgruppe 65+ beschränkt, um der Tendenz der Überalterung der Bevölkerung gerecht zu werden und diejenige Gruppe in den Mittelpunkt zu stellen, die von den Auswirkungen des demographischen Wandels in besonderem Maße betroffen ist. So wurden im Rahmen einer mündlichen Befragung im Zeitraum vom 03.12.2012 bis zum 15.12.2012 insgesamt 51 Haushaltsvorstände im Alter von 65 Jahren und älter aus dem Ortsteil Barsinghausen-Bantorf zu ihrer Lebensqualität befragt. Die im Vorfeld getroffene Auswahl der befragten Haushaltsvorstände erfolgte per Zufallsstichprobe. Laut des aktuellen Bevölkerungsstandes im Jahr 2012 lebten 131 Haushaltsvorstände in dieser Altersgruppe in Bantorf (STADT BARSINGHAUSEN 2012[e]). Um eine repräsentative Gesamtheit zu erlangen, wurden 60 Haushaltsvorstände (45%) zufällig für die Befragung ausgewählt. Davon waren 51 Haushaltsvorstände bereit, an der Befragung teilzunehmen. Die verbliebenen neun Personen waren an einer Teilnahme nicht interessiert, konnten aus gesundheitlichen Gründen nicht mitwirken oder waren trotz mehrfacher Bemühungen nicht zu Hause anzutreffen. Letztlich nahmen ca. 39% der geeigneten Haushaltsvorstände aus Barsinghausen-Bantorf an der Befragung teil.

Der Fragebogen bestand aus verschiedenen Fragekategorien, die sich auf die private Wohnsituation, die Nahversorgung, das Freizeitverhalten, die lokalen Bildungsangebote, die Verkehrsanbindungen, allgemeine Fragen zur Wohnqualität sowie individuelle Wünsche und Bedürfnisse bezogen. Im Durchschnitt dauerte eine Befragung etwa zehn Minuten. Die Geschlechterverteilung der Gesamtgruppe war relativ ausgeglichen. Das Gesamtdurchschnittsalter lag bei 74 Jahren, der männliche Anteil entsprach diesem Durchschnitt mit 74 Jahren exakt, während der weibliche Anteil den Mittelwert mit 75 Jahren um ein Jahr überstieg.

4 Lebenssituation und Lebensqualität der Altersgruppe 65+ in Barsinghausen-Bantorf

4.1 Wohnsituation

Wie in Kapitel 3.1 zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen im Ort dargestellt, war das Wachstum des Ortes stets durch Zuwanderung von außen geprägt. Dies zeigt sich auch in der Zusammensetzung der Einwohner. Nur 37% der Befragten sind in Bantorf einheimisch bzw. leben seit ihrer Geburt vor Ort. Der überwiegende Teil der Menschen (63%) stammt aus Zuzügen. Dabei zogen die meisten Menschen in den 1960er Jahren hinzu. Als Gründe für die Wohnstandortwahl wurden hauptsächlich der Erwerb eines Baugrundstückes, die Heirat einer dort heimischen Person oder die Nähe zur Natur genannt.

Bei der Betrachtung der Wohnverhältnisse zeigte sich, dass insgesamt 86% der Befragten in einem eigenen Haus lebten. Von diesem Personenkreis hatten 8% das Eigentum mittlerweile ihren Kindern überschrieben, wohnten dort aber weiterhin mietfrei. Des Weiteren zeigte sich, dass nur 8% in einem Mietverhältnis und 6% in einer Eigentumswohnung lebten, was die Abbildung 4 veranschaulicht. Diese Wohnstrukturen spiegeln sich auch im Ortsbild wider, das hauptsächlich durch Ein- und Zweifamilienhäuser geprägt ist und nochmals durch die Angaben der Befragten bestätigt wird. Ein großer Teil der Befragten (43%) besaß ein Einfamilienhaus, während 29% in einem Zweifamilienhaus wohnten. Erst danach folgten mit 16% das Mehrfamilienhaus sowie das Bauernhaus mit 12%. Der geringe Anteil an Mehrfamilienhäusern im Gegensatz zu Ein- und Zweifamilienhäusern unterstreicht noch einmal, dass der Ort trotz seiner Lage in der Region Hannover weniger einen städtischen, sondern vielmehr einen ländlichen Charakter aufweist. Dafür spricht auch das Vorhandensein von ehemaligen

und noch bewirtschafteten Bauernhäusern. Von den zwölf Bauernhöfen, die bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts bewirtschaftet wurden, existierten noch drei, welche vorwiegend landwirtschaftlich ausgelegt sind.

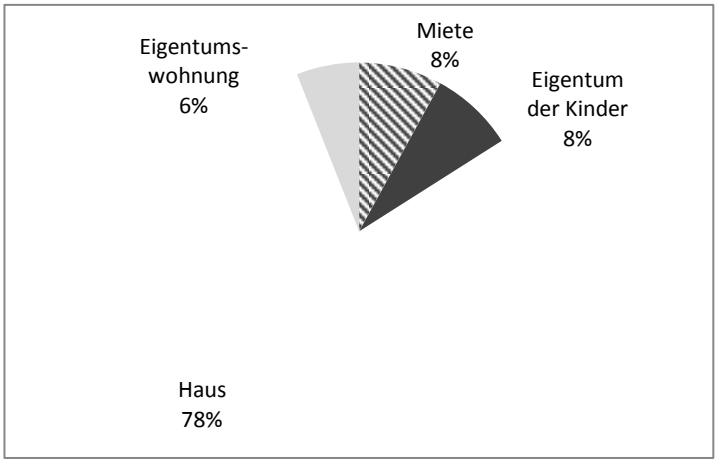

Abb. 4: Prozentuale Verteilung bezüglich der Wohnverhältnisse der Altersgruppe 65+ in Bantorf.

Bezüglich der familiären Gegebenheiten bzw. den Wohnverhältnissen innerhalb der Haushalte kristallisierte sich heraus, dass die Gesamtgruppe verheiratet oder bereits verwitwet war, keiner der Befragten konnte bezüglich seines Familienstandes als ledig oder in einer Partnerschaft lebend eingestuft werden. Insgesamt gaben 69% an, verheiratet zu sein, 31% waren verwitwet. Folglich lebten in 67% aller befragten Haushalte aktuell zwei Personen und in 27% Alleinstehende. Die verbleibenden sechs Prozentpunkte verteilten sich auf Haushalte, in denen mehr als zwei Personen lebten.

Da alle Befragten verheiratet gewesen sind oder noch waren, liegt der Schluss nahe, dass insbesondere Paare mit Kinderwunsch und Familien den Ortsteil Barsinghausen-Bantorf als Wohnstandort wählten. Bis auf zwei Personen gaben alle Teilnehmer der Befragung an, Kinder zu haben (Abb. 5). Der überwiegende Anteil (55%) hatte zwei Kinder, 23% hatten sogar drei Kinder, und nur 18% hatten nur ein Kind großgezogen.

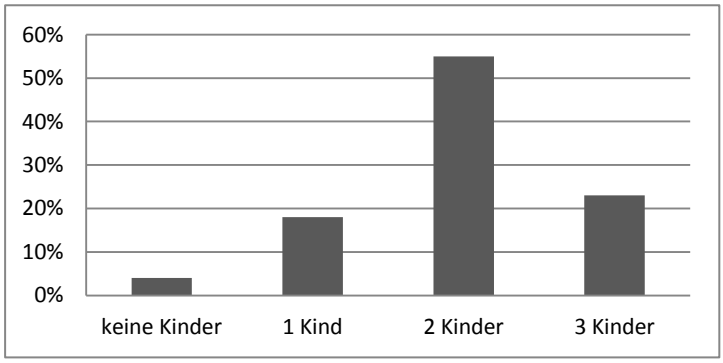

Abb. 5: Anzahl der Kinder in den befragten Haushalten in Prozent.

Ein äußerst interessanter Aspekt ist auch der Wohnstandortverbleib der Kinder. Die Befragungen zeigten, dass im Gegensatz zu den Eltern die Mehrheit der Kinder (53%) Bantorf nicht als ihren Wohnsitz beibehielt, sondern weggezogen war. Dabei bildeten berufliche Perspektiven, gefolgt von Heirat und Erwerb eines Eigentums außerhalb des Ortes die häufigsten Gründe. Eigenen Wohnraum innerhalb Bantorfs hatten sich indes nur 41% der Kinder geschaffen, 6% verblieben zudem im Elternhaus und lebten mit den Eltern gemeinsam in einem Haushalt.

4.2 Nahversorgung

In Bezug auf die Gegebenheiten der Nahversorgung soll an dieser Stelle noch einmal darauf verwiesen werden, dass der Ort früher die Bedürfnisse des täglichen Bedarfs selbständig decken konnte. Mit dem Rückgang der Bevölkerung Mitte der 1970er Jahre und den wachsenden Einkaufmöglichkeiten im aufstrebenden Kerngebiet Barsinghausen schrumpfte der Einzelhandel in Bantorf immer stärker. Nacheinander schlossen die zwei ansässigen Bäckereien, eine Metzgerei sowie der Einkaufsmarkt „Konsum“ und ein Schreibwarenladen. Auch zwei Praxen wurden nach dem Wegzug des Zahnarztes nach Hannover und dem Tod des Allgemeinmediziners nicht neu besetzt. Die verbliebene Volksbank verschwand Mitte der 1990er Jahre aus dem Ortsbild, und die Postfiliale folgte ihr Anfang des neuen Jahrtausends (mdl. Mitteilung Zeitzeugin CLAUS, I. im Gespräch über die Ortsentwicklung vom 16.12.2012).

Nach der Darstellung der einstigen Gegebenheiten im Ort soll nun dargelegt werden, wie die Befragten den momentanen Stand der Nahversorgung bewerteten. Da in Bantorf keine Einkaufsmöglichkeiten bestehen, bildeten die Innenstadt von Barsinghausen und das Gewerbegebiet „Brunslohe“ am östlichen Stadtrand sowie vereinzelte Supermärkte und Discounter, die sich über das Stadtgebiet verteilen, die Versorgungsgrundlage. Alternativ können die Einwohner auch das Gewerbegebiet „Bückethaler Landwehr“ nutzen, das zur Stadt Bad Nenndorf gehört und somit bereits im Landkreis Schaumburg angesiedelt ist. Aufgrund seiner direkten Lage an der A2 bzw. an der B65 ist es gut zu erreichen. Auf dem Gelände befinden sich ein Supermarkt, ein Discounter sowie ein Baumarkt und zwei Einrichtungshäuser. Laut dem Bebauungsplan Nr. 83 „Am Buchenhain“ soll das Gewerbegebiet zukünftig weiter ausgebaut werden. Geplant sind die Errichtung eines Technikmarktes, eines Sportartikel-Fachmarktes und eines Fachmarktes für Tiernahrung und -zubehör sowie weitere Lebensmittel-Einzelhandelsgeschäfte und Vergnügungsstätten außer Spiel- und Automatenhallen (SCHAUMBURGER WOCHENBLATT 2010).

Nach dem Bau der Verkaufsflächen ab dem Jahr 2000 in Bad Nenndorf kann davon ausgegangen werden, dass der Einzelhandel in Barsinghausen starke Konkurrenz bekam (HAZ 1999). Dies zeigt sich auch in der Frequentierung beider Standorte. Bildete einst die Stadt Barsinghausen nach dem Wegfall der Versorgungsmöglichkeiten in Bantorf die Hauptanlaufstelle für Einkäufe des täglichen Bedarfs, nutzten nur noch 10% der Befragten den Standort ausschließlich für ihre Einkäufe. Im Vergleich dazu wird der Standort Bad Nenndorf von 49% der Befragten sehr viel stärker frequentiert (Abb. 6).

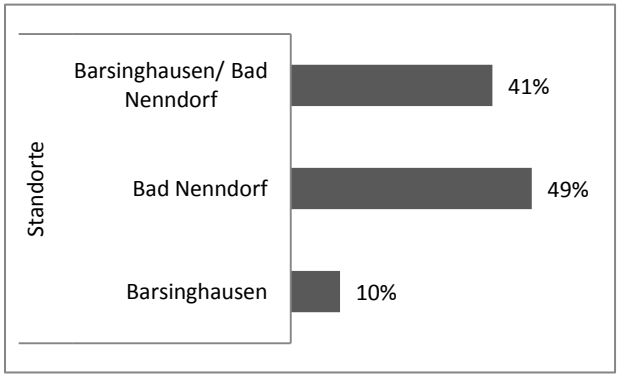

Abb. 6: Frequentierung der Einkaufsstandorte in Prozent.

Um diese prozentualen Abweichungen zu erläutern, kommen zwei Erklärungsansätze in Frage. Zum einen liegt das Gewerbegebiet am Rande von Bad Nenndorf und ist somit weniger als zwei Kilometer entfernt, wodurch es entsprechend schnell über die B65 zu erreichen ist. Hingegen ist eine Fahrt über die Landstraße in das ca. 5 km entfernte Barsinghausen mit einer Durchquerung der Ortschaft Hohenbostel und dem Ortsverkehr in Barsinghausen aufwendiger. Somit könnte der zeitliche Aspekt ein maßgebliches Kriterium für die höhere Frequentierung des Standortes Bad Nenndorf darstellen.

Des Weiteren spielt sicherlich auch die Erreichbarkeit des Angebots eine entscheidende Rolle. Wie bereits erwähnt, liegt das Gewerbegebiet „Bückethaler Landwehr“ am äußeren Stadtrand und deckt mit einem Discounter und einem Supermarkt weitgehend die Bedürfnisse ab. Indes liegen die Einkaufmöglichkeiten in Barsinghausen entweder in der Innenstadt oder sind über das Stadtgebiet verstreut, sodass es nicht einen zentralen, sondern meist mehrere Anlaufpunkte gibt.

Abbildung 6 zeigt aber auch, dass immerhin 41% der Befragten beide Standorte anfuhren. Neben dem zeitlichen Aspekt und dem zentralen Angebot in Bad Nenndorf könnte für den Standort Barsinghausen sprechen, dass der Hausarzt vieler Bantorfer Einwohner dort niedergelassen ist. Wie in Abb. 7 dargestellt, war der Hausarzt von 75% der befragten Personen in Barsinghausen angesiedelt. Im Gegensatz dazu suchte keiner der Befragten in Bad Nenndorf einen Hausarzt auf, nur einige nutzten das Angebot im benachbarten Ortsteil Hohenbostel oder liefen andere Standorte an.

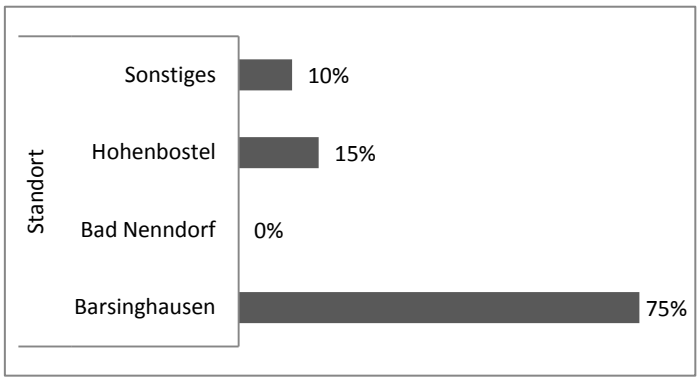

Abb. 7: Frequentierung der Hausärzte an verschiedenen Standorten in Prozent.

Betrachtet man die Aussagen zur Zufriedenheit der Befragten bezüglich der Nahversorgung, so war die Mehrheit weitestgehend zufrieden. 10% äußerten sogar, dass sie sehr zufrieden sind, 59% waren einigermaßen zufrieden und nur 25% waren weniger bzw. 6% gar nicht zufrieden (Abb. 8).

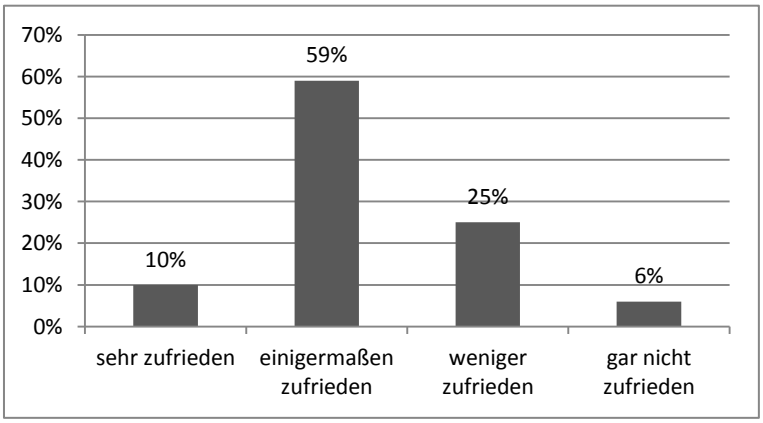

Abb. 8: Darstellung der Zufriedenheit mit der allgemeinen Nahversorgung in Prozent.

Die Einschätzungen der Bevölkerung lassen sich auch in diesem Fall auf verschiedene Hypothesen zurückführen. Wie in Kapitel 4.4 noch aufgezeigt wird, war die Gesamtgruppe der Befragten der Altersgruppe 65+ noch größtenteils mobil, sodass Probleme bei der Aufrechterhaltung der eignen Versorgung vermutlich noch verdrängt oder außer Acht gelassen wurden. Des Weiteren ist anzunehmen, dass viele Anwohner ein realistisches Bild bezüglich der Nahversorgung besaßen. Für den Standort Bantorf ist es angesichts sinkender Einwohnerzahlen unrealistisch, dass der Ort noch einmal die Chance für ein ortsansässiges Einkaufszentrum bekommen wird.

Die heutigen Spielotheken, der Erotikmarkt sowie weitere Geschäfte im Gewerbegebiet „Am Kronskamp“ stehen auf Flächen, die 1998 noch für ein Einkaufszentrum ausgeschrieben waren. Dort sollten einen Bau- und Gartenmarkt sowie kleinere Fachmärkte und auch Lebensmittelgeschäfte errichtet werden. Nach massiven Protesten der Barsinghäuser Kaufleute, die die Kaufkraft in der Innenstadt gefährdet sahen, wurde die Entscheidung zu Gunsten eines innenstadtirrelevanten Warensortimentes gefällt (DLZ 1998: 4).

Auch Bemühungen der Interessengemeinsacht (IG) Bantorf, die in Kooperation mit Architekturstudenten des Instituts für Bau- und Siedlungswesen der Universität Hannover ein Dorferneuerungsprogramm gestaltet hatten, blieben ohne Erfolg. Geplant war die Schaffung einer „Dorfmitte“ mit „Marktplatz, Bürgerhaus, Läden Grundschule und Sporthalle“ (DLZ 2003: 7). Die notwendige Unterstützung von Seiten der Stadtverwaltung Barsinghausen blieb aus, und auch das Amt für Agrarstruktur stellte keine Fördergelder zur Verfügung, sodass das Projekt scheiterte.

4.3 Freizeit und Bildung

Die Befragung hinsichtlich der Freizeitaktivitäten der Personen im Alter von 65 Jahren und älter offenbarte, dass ein breites Angebot für ältere Generationen bestand, was sich insbesondere in sechs ortsansässigen Vereinen widerspiegelte. Es gaben nur zehn Personen an, dass sie in keinem Bantorfer Verein eine Mitgliedschaft besitzen. Die verbliebene Mehrheit von 41 Personen war indes meistens in mehreren Vereinen gleichzeitig aktiv. Den größten Anteil hatte der Gartenbauverein (32%), gefolgt von der Freiwilligen Feuerwehr (25%) und dem Turn- und Sportverein (TSV Bantorf) (16%). Weniger Mitgliedschaften verzeichneten hingegen der Kriegerbund (13%), die IG Bantorf (7%) und das Deutsche Rote Kreuz (7%) (Abb. 9).

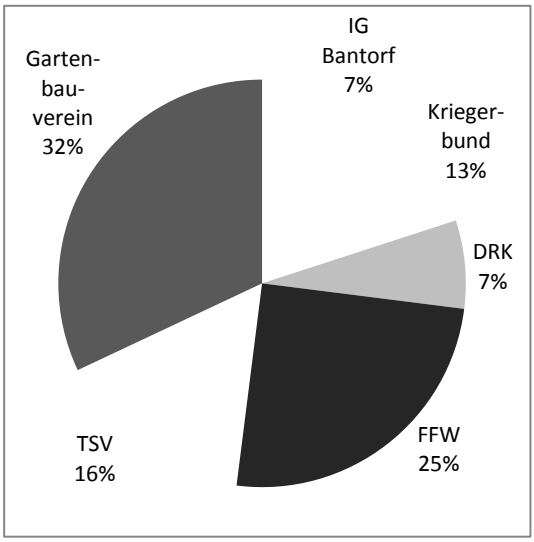

Abb. 9: Darstellung der Vereinsmitgliedschaften innerorts in Prozent.

Es wurde allerdings sehr deutlich, dass es allen Vereinen an Nachwuchs fehlt, sodass die Mehrheit vom „Aussterben“ bedroht ist. Um dies zu verdeutlichen, soll die Situation am Beispiel des TSV Bantorf dargestellt werden. Der kleine Verein besteht nur aus zwei Sparten, zum einem der Gymnastik-/Yoga- und zum anderen der Fußballsparte. An dieser Stelle soll nur auf die Entwicklungen der Fußballsparte eingegangen werden, da diese besonders von den gesellschaftlichen Veränderungen betroffen ist.

In Deutschland zählt der Fußball zu den populärsten Sportarten. Laut der Mitglieder-Statistik des Deutschen Fußballbundes (DFB) bestehen deutschlandweit mehr als 25.000 Vereine mit insgesamt 6,8 Millionen Frauen und Männern, die im Junioren- und Seniorenbereich aktiv Fußball spielen (DFB 2012). Aufgrund der hohen Beliebtheit finden sich oftmals in jeder Stadt, aber auch in vielen kleine-

ren Ortschaften eigene Fußballvereine. Auch in Bantorf entstand im Jahr 1910 ein Fußballverein (CZ 2010).

Heutzutage ist das Angebot an Sport vielfältiger geworden, neben diversen Team- und Einzelsportarten steigt auch die Zahl der Fitnesscenter, die eine breitgefächerte Auswahl an Aktivitäten bieten. Zum einen das große Angebot, zum anderen der demographische Wandel sorgen dafür, dass die Mitgliederzahlen im Fußball nicht mehr ansteigen. Dies zeigen auch die Zukunftsprognosen des DFB, die anhand der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes ermittelt wurden (DFB 2012[a]).

Auch beim TSV Bantorf ist dieser Trend in den vergangenen Jahren spürbar gewesen. Vor zehn Jahren gab es im Verein noch mehrere Junioren- und Seniorenmannschaften, mittlerweile bestehen nur noch eine Herrenmannschaft und eine Alt-Herrenmannschaft. In der Herrenmannschaft spielen nur fünf Personen, die aus dem Ort stammen, der Rest wurde angeworben, um die Mannschaft spielfähig zu halten. Da kein Nachwuchs besteht, wird der Fußball in Bantorf vermutlich in den kommenden Jahren aussterben (mdl. Mitteilung des Vorstandsvorsitzenden des TSV Bantorf, GAWERT, D. im Gespräch über die Entwicklung des Vereins vom 19.12.2012).

Ähnlich verhält es sich mit den anderen Vereinen im Ort, zumal diese noch weniger Angebote für jüngere Menschen bieten. Als einziger Verein im Ort verzeichnet die Freiwillige Feuerwehr Bantorf einen Zuwachs an Mitgliedern und arbeitet am Ausbau ihrer Kinder- und Jugendfeuerwehr. Im November 2012 wurden die „Feuerwehr Schlümpfe“ gegründet, ein Angebot, das sich an Kinder unter acht Jahren richtet und darauf ausgelegt ist, bereits die jüngsten Mitglieder der Gesellschaft für die Feuerwehr zu gewinnen. Durch diese aktive Kinder- und Jugendarbeit soll der Erhalt der Ortsfeuerwehr in Bantorf auch zukünftig gesichert werden (mdl. Mitteilung des Ortsbrandmeisters Michael Kupfer im Gespräch über Kinder- und Jugendarbeit der FFW Bantorf vom 14.01.2013).

Nach dieser Darstellung der internen Vereinsentwicklungen soll anschließend auf die Frequentierung der Freizeitangebote außerhalb der Ortschaft eingegangen werden. Die Befragungen offenbarten, dass 53% der Befragten außerhalb von Bantorf keinem weiteren Verein angehörten, während 47% auch Angebote im Umland nutzten.

Da außer in der Freiwilligen Feuerwehr Bantorf keinerlei weitere Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung im Verein für Kinder und Jugendliche bestehen, ist anzunehmen, dass der prozentuale Anteil derjenigen, die außerhalb des Ortes einen Verein besuchen, bei den jüngeren Personengruppen maßgeblich höher liegt. Insbesondere die Stadt Barsinghausen bietet eine Vielzahl an Vereinen und weiteren Aktivitäten für den freizeitlichen Zeitvertreib.

Im Hinblick auf die Freizeitgestaltung außerhalb der Vereine ist die Vielfalt begrenzt. Aufgrund der ländlichen Strukturen und der direkten Lage am Höhenzug des Deisters schätzten die befragten Personen hauptsächlich Aktivitäten im Freien bzw. in der Natur. Von denjenigen 25 Personen, die überhaupt einer Freizeitgestaltung außerhalb der Vereine nachgingen, antworteten 67%, dass sie vor allem Wanderungen im Deister unternahmen. 12% verbrachten ihre Zeit gerne bei Spaziergängen innerhalb des Ortes, 7% erkundeten das Umland mit dem Fahrrad, und 6% schätzten die Nähe zu ihren Freunden und Nachbarn, während die 3% ihre Zeit im Garten verbrachten (Abb. 10).

In Anbetracht der Freizeitmöglichkeiten innerhalb und außerhalb der Vereine präsentierte sich die Gesamtgruppe als weitgehend zufrieden. Nur 14% sind weniger und 2% gar nicht zufrieden mit den Gegebenheiten. Die überragende Mehrheit der Befragten ist hingegen einigermaßen (49%) oder sogar sehr zufrieden (27%) (Abb. 11).

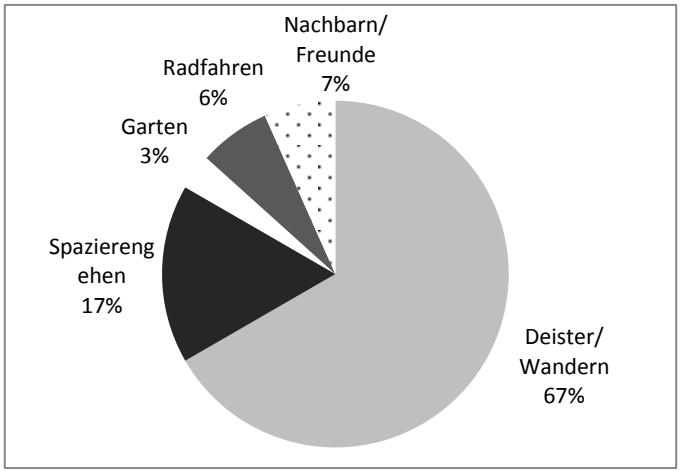

Abb. 10: Darstellung der Freizeitgestaltung außerhalb der Vereine in Prozent.

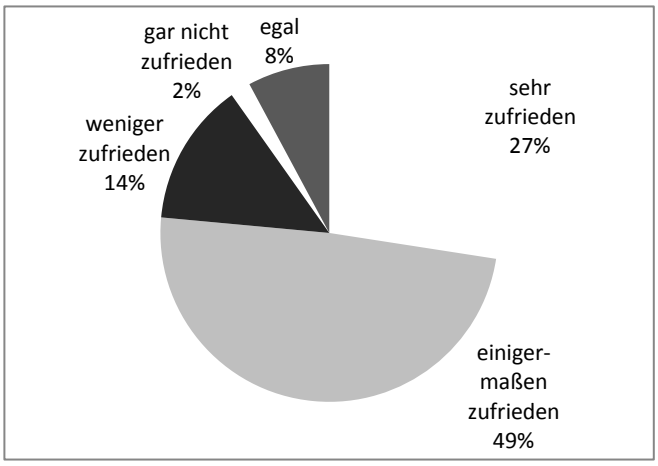

Abb. 11: Darstellung der Zufriedenheit der Einwohner bezüglich der Freizeitmöglichkeiten in Prozent.

Als öffentlich nutzbare Flächen zur Freizeitgestaltung stehen im Ort nur zwei Spielplätze zur Verfügung. Einer befindet sich am Rande des Neubaugebietes und verfügt über ein Klettergerüst, Schaukeln und eine Rutsche. Zusätzlich wurde auch ein Basketballkorb errichtet, der sich vornehmlich an die Interessen älterer Kinder bzw. Jugendlicher richtet. Darüber hinaus befindet sich auf dem Gelände der Grundschule Bantorf ein weiterer Spielplatz, der sich neben dem weitläufigen Gelände auch durch einen Fußballplatz, ein Freiluftschachspiel und einen Lehmbackofen auszeichnet.

Insbesondere in Verbindung mit der ansässigen Grundschule, die eine Außenstelle der Wilhelm-Busch-Grundschule in Hohenbostel darstellt, werden Freizeitangebote im außerschulischen Bereich angeboten. Die Räumlichkeiten dienen der Jugendarbeit und werden von Vereinen wie dem DRK für die Blutspende genutzt. Die Freiwillige Feuerwehr nutzt den Schulhof für Ausbildungs- und Übungszwecke. Aber auch Feste, Basare und Ausstellungen werden vor Ort abgehalten. Dementsprechend kann die Grundschule als Mittelpunkt von Bantorf angesehen werden, da sie einen wichtigen Anteil zum sozialen Miteinander der Bürger beiträgt und außer dem Schulgebäude keine weiteren Treffpunkte für Kinder und Jugendliche bestehen (CALENBERGER ONLINE NEWS 2012).

Neben der Bedeutung als sozialer Mittelpunkt stellt die Grundschule zusammen mit dem Kindergarten das einzige Bildungsangebot vor Ort dar, was zusätzlich für Erhalt der beiden Einrichtungen spricht. Allerdings gehen mit den sinkenden Einwohnerzahlen aufgrund der niedrigen Geburten- auch sinkende Schülerzahlen einher. Derzeit werden nur 62 Kinder von der ersten bis zur vierten

Klasse beschult, dies entspricht einer Klassengröße von max. 16 Schülerinnen und Schülern (SuS) pro Klassenstufe (HAZ 2012). Zudem kann vor Ort kein Sportunterricht erteilt werden, und auch die Ausstattung der Schule weist Defizite auf, sodass die Kinder mehrmals pro Woche zum zentralen Schulstandort nach Hohenbostel pendeln müssen. Die Kosten für den Transport und insbesondere den Erhalt der Schule zahlt die Stadt Barsinghausen. Dementsprechend werden über die Zweckmäßigkeit der Schule und deren Sicherung bereits seit mehr als 30 Jahren politische Debatten geführt (mdl. Mitteilung der Vorsitzenden SEEGERS-KRÜCKEBERG, R. im Gespräch über die Entwicklung der ortsansässigen Grundschule vom 07.12.2012).

Angesichts einer Gesamtschuldenlast von über 40 Millionen Euro und Ausgaben von mehr als 54 Millionen Euro im Haushaltsjahr 2011 sind Einsparungen seitens der Stadt Barsinghausen eine dringende Notwendigkeit, insbesondere im Hinblick auf den geschlossenen Entschuldungsvertrag mit dem Bundesland Niedersachsen im Jahr 2012. In diesem verpflichtet sich die Stadt dazu, ihren Haushalt bis zum Jahr 2016 auszugleichen. Dies entspricht einem Einsparvolumen von rund 5,37 Millionen Euro. Bei Einhaltung aller Sparmaßnahmen zur Schaffung eines ausgeglichenen Haushaltes erlangt die Stadt Anspruch auf Entschuldungshilfe beim Land von bis zu 12,79 Millionen Euro. Das Haushaltssicherungskonzept verlangt somit massive finanzielle Einschränkungen in verschiedenen Bereichen wie beispielsweise der Bildung. Dementsprechend gehört zu den Konsolidierungsmaßnahmen auch die Schließung des Außenstandortes der Grundschule Hohenbostel-Bantorf, die am 13.12.2012 in der Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen endgültig beschlossen wurde. Der Standort wird zum Ende des Jahres 2015 geschlossen und wird damit jährlich Einsparungen von 27.600 Euro ermöglichen (Calenberger Online News 2012, HAZ 2012[a], HAZ 2012[b]).

Demgegenüber stehen Kosten für Um- und Ausbaumaßnahmen bei den Klassen-, Betreuungs- und Aufenthaltsräumen sowie dem Schulhof am zentralen Schulstandort, da das Hauptgebäude in Hohenbostel mit 140 SuS bereits an seine Kapazitäten gestoßen ist. Zusätzlich muss auch die Küche erweitert werden, um eine Ganztagsversorgung zu ermöglichen (HAZ 2012).

Die Befragung der Bantorfer Einwohner im Alter von 65 Jahren und älter ergab hinsichtlich der Problematik des Erhalts der vorhandenen Bildungseinrichtungen des Kindergartens und insbesondere der Schule, dass 90% sich für deren Verbleib aussprechen. Nur 6% waren dagegen, und 4% waren an der Thematik nicht interessiert (Abb. 12).

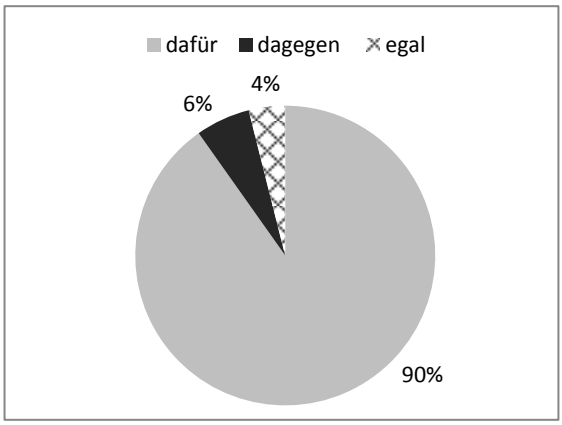

Abb. 12: Meinungen bezüglich der Erhaltung von Kindergarten und Grundschule in Prozent.

Die Schließung der Schule wäre ein weiterer Schritt in Richtung einer negativen Entwicklung im Ortsteil, welche bereits zum Wegfall der einstiegen Nahversorgungsmöglichkeiten geführt hat. Dementsprechend ist zu befürchten, dass bei einer weiteren Schrumpfung der Einwohnerzahlen aufgrund mangelnder Geburten zukünftig auch der Kindergarten von einer Schließung bedroht ist. Durch das Ende der Schule im Jahr 2016 und die daraus resultierende Verschlechterung der Daseinsvorsorge muss davon ausgegangen werden, dass der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf auch einen massiven At-

traktivitätsverlust für die Wahl als Wohnstandort erfahren wird. Insbesondere für junge Menschen, die eine Familie gründen möchten, verliert der Standort an Bedeutung, was dazu führen wird, dass die jungen Einheimischen – wie bereits dargestellt – dem aktuellen Trend folgend, vermehrt in den urbanen Raum ziehen werden, sodass die Stadt Hannover, die jährlich bereits einen Zuwachs von 2,3% erfährt, weiter wachsen wird. Auch Zuzüge von außen werden dann kaum noch zu erwarten sein, wodurch die Bevölkerung weiter schrumpft und dem Negativtrend des suburbanen Umlandes der Stadt folgt, welches jedes Jahr einen Bevölkerungsverlust von 2,1% verzeichnet (REGION HANNOVER 2012[a]).

4.4 Mobilität

Der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf weist, wie in Kapitel 3.1 eingehend dargestellt, eine gute infrastrukturelle Anbindung hinsichtlich des Straßennetzes und der öffentlichen Verkehrsmittel auf. Die Befragung ergab, dass die öffentlichen Verkehrsmittel von weniger als der Hälfte der Befragten genutzt wurden. Nur 21 Personen (31%) der 51 Befragten fuhren regelmäßig mit dem Bus oder der Bahn. Das bevorzugte Verkehrsmittel war die S-Bahn, sie wurde von 48% genutzt. Weniger stark frequentiert waren hingegen die Busverbindungen (24%). Die verbliebenen 28% verteilten sich auf den Personenkreis, der sowohl den Bus als auch die S-Bahn nutzte (Abb. 13).

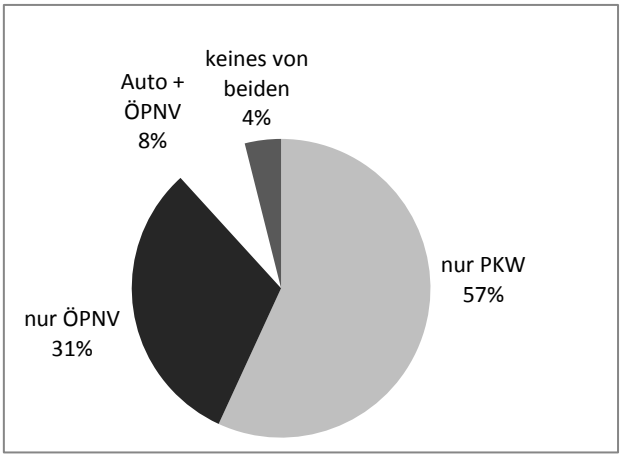

Abb. 13: Nutzungsgewohnheiten der Gesamtgruppe bezüglich ÖPNV und PKW in Prozent.

Laut Aussage der ÖPNV-Nutzer fuhren diese durchschnittlich zwei Mal pro Woche mit Bus oder Bahn. Dabei dienten die Fahrten mit einem Anteil von 48% der Nahversorgung und des Besuchs von Ärzten. Die restlichen Fahrten verteilten sich mit 28% auf die Freizeitgestaltung und mit 14% auf Shoppingausflüge in die Innenstadt von Hannover.

Im Vergleich zum öffentlichen Nahverkehr nahm die Gruppe der PKW-Nutzer den Mehrheitsanteil mit 57% ein. Durchschnittlich befanden sich 1,3 Autos im Besitz eines Haushalts, welches mit rund fünf Fahrten pro Woche sehr häufig benötigt wurde. Vornehmlich wurden 50% der Fahrten für die Nahversorgung genutzt, 43% galten der Freizeitgestaltung und weitere 4 bzw. 3% dienten Urlaubsreisen sowie der Beförderung der Enkelkinder.

Gänzlich betrachtet zeigen die Aussagen der Gesamtgruppe, dass diese mit den infrastrukturellen Gegebenheiten vor Ort mehrheitlich zufrieden ist. Wie in Abb. 14 dargestellt, werden sowohl die PKW- als auch die ÖPNV-Anbindungen sehr positiv bewertet.

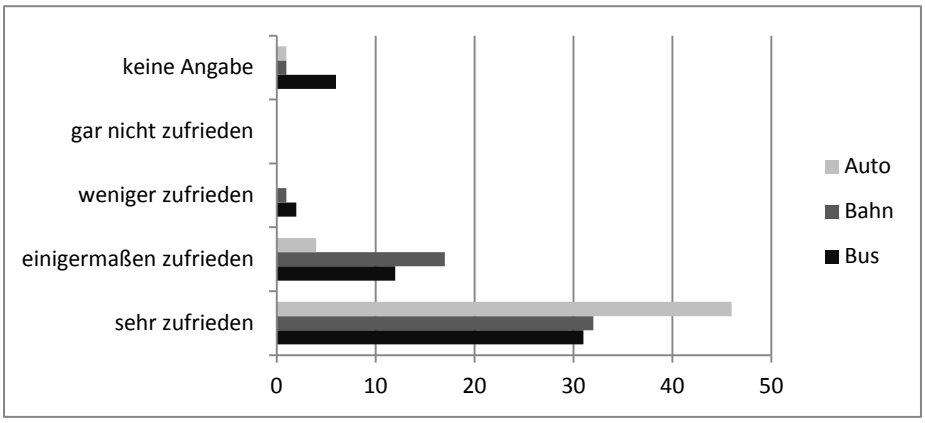

Abb. 14: Zufriedenheit der Gesamtgruppe bezogen auf die Mobilität.

Betrachtet man die Nutzung der öffentlichen und privaten Verkehrsmittel im Kontext der Daseinsvorsorge und des demographischen Wandels, wird deutlich, dass die Mobilität für die Bewohner des Ortsteils Barsinghausen-Bantorf einen maßgeblichen Faktor für eine gute Lebensqualität darstellt. Da mittlerweile keine Nahversorgungsmöglichkeiten mehr im Ort bestehen und die Abhängigkeit der Bürger zu externen Standorten immer stärker zugenommen hat, sind der PKW und der ÖPNV unerlässlich, um die Selbstversorgung zu erhalten.

Aktuell nutzte die Mehrheit der Befragten das Auto und weniger den ÖPNV. Diese Verteilung könnte sich in den kommenden Jahren noch wandeln, da mit zunehmendem Alter die Fahrtauglichkeit eingeschränkt wird. Zudem besteht die Möglichkeit, dass generationsbedingt in vielen Haushalten nur die Männer einen Führerschein besitzen. Sollten diese erkranken oder sogar versterben, würde sich die Mobilität der Frauen massiv einschränken. Für sie bestünde dann die Möglichkeit, auf Bus und Bahn umzusteigen, oder sie wären auf ihr soziales Umfeld angewiesen, um beispielsweise Einkäufe oder Arztbesuche zu erledigen. Letztlich kann festgehalten werden, dass trotz der überwiegenden PKW-Nutzung die Bedeutung des ÖPNV für diese Altersgruppe nicht außer Acht gelassen werden darf. Der Erhalt der Bus- und Bahnverbindungen ist somit essentiell, um die Mobilität in Zukunft zu gewährleisten.

Des Weiteren sind auch jüngere Personengruppen auf den ÖPNV angewiesen. Dazu zählen Arbeitnehmer, die mit dem Zug beispielsweise nach Hannover pendeln, sowie Kinder und Jugendliche im schulfähigen Alter, die die weiterführenden Schulen in Bad Nenndorf und Barsinghausen sowie in und um die Stadt Hannover besuchen. Ferner wird der Busverkehr der Linie 530 ab dem Jahr 2016 zusätzlich durch die Grundschüler frequentiert, die nach der Schulschließung im Ortsteil in die Nachbargemeinde Hohenbostel fahren müssen. Sollte die Anzahl der SuS im grundschulfähigen konstant bleiben, würden allmorgendlich rund 60 Kinder mehr den Bus nutzen (HAZ 2012).

Die Buslinie 530, die auf ihrer Route die Dörfer Bantorf, Wichtringhausen, Winninghausen/ Hohenbostel und schließlich die Stadt Barsinghausen anfährt, ist insbesondere zu Schulbeginn stark beansprucht, da sie SuS zur Grundschule Hohenbostel und zur KGS Goetheschule sowie zum Schulzentrum am Spalterhals befördert werden, in der die Lisa-Tetzner-Realschule und das Hannah-Arendt-Gymnasium untergebracht sind. Angesichts der hohen Schülerzahlen fahren zu Beginn der ersten Schulstunde und nach Ende der sechsten Stunde immer zwei Busse kurz nacheinander, um keine Engpässe entstehen zu lassen (REGIOBUS HANNOVER 2012). Nach dem Wegfall der Grundschule in Bantorf muss die Anzahl der Busse vermutlich nochmals aufgestockt werden.

Zusammenfassend betrachtet besteht damit nicht nur für ältere Menschen, sondern auch für die Jüngeren die dringende Notwendigkeit, den Nahverkehr vor Ort zu erhalten. Ein Wegfall dieser Daseinsvorsorgestrukturen würde den Ortsteil Barsinghausen-Bantorf als Wohnstandort weiter schwächen. Dies wäre in Anbetracht sinkender Einwohnerzahlen aufgrund des demographischen Wandels

nicht undenkbar und könnte dazu führen, dass beispielsweise die Buslinie 530 das Dorf nicht mehr frequentiert. Dies würde die Lebensqualität massiv einschränken.

4.5 Sonstige Erkenntnisse

Zum Abschluss der Befragungen wurde den Befragten die Möglichkeit gegeben, frei zu äußern, welche Entwicklungen im Ort sich ihrer Meinung nach positiv und/ oder negativ auf die Lebensbedingungen und die Lebensqualität auswirken.

Wie in Abbildung 15 dargelegt, gab es mehrere Enthaltungen, 30 Personen konnten kein positives und 12 Personen kein negatives Beispiel für die Entwicklung des Ortes benennen. Die übrigen Äußerungen – bestehend aus 21 positiven und 39 negativen Rückmeldungen – ergeben sich aus Mehrfachantworten der Gesamtgruppe.

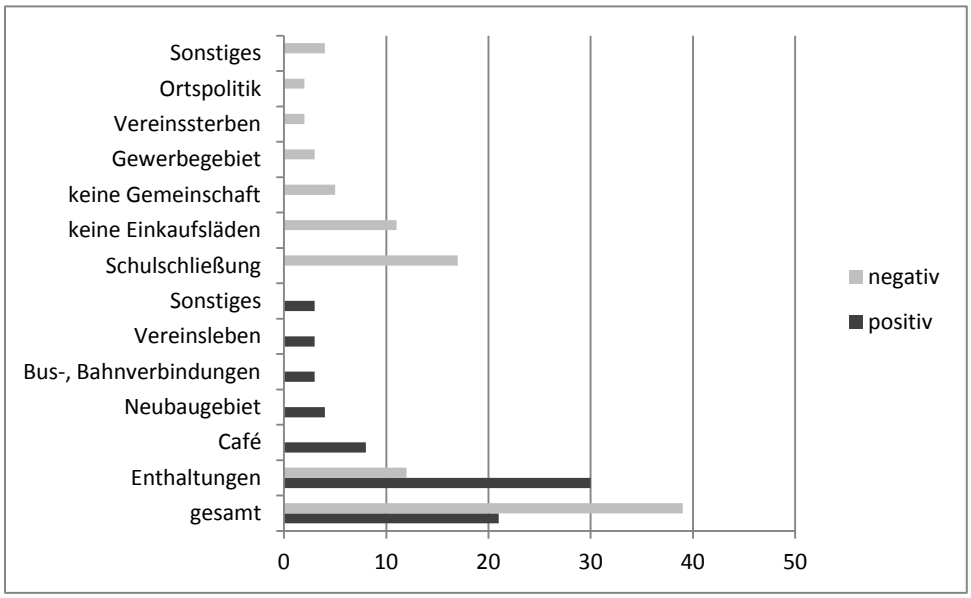

Abb. 15: Darstellung der freien Antworten bezüglich positiver und negativer Entwicklungen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf.

Als positiv äußerten mehrere Personen das Vereinsleben im Ort, was sie darauf zurückführten, dass sie ihren Hobbys nachgehen und soziale Kontakte pflegen konnten. Ebenfalls benannt wurde das Neubaugebiet „Am Bantorfer Thie“, welches im Jahr 2000 ausgeschrieben wurde. Viele sehen darin eine erfreuliche Entwicklung und eine „Chance, frisches Blut in diesen Ort zu bekommen“ (mdl. Mitteilung einer Person im Rahmen der Befragung im Dezember 2012). Auch die guten Anbindungen an Bus und Bahn wurden von einigen Einwohnern als positiv erachtet, insbesondere im Hinblick darauf, dass der Ort trotz seiner Lage in der Region Hannover viele ländliche Eigenschaften aufweist.

Als besonders vielversprechend hoben mehrere Befragte das Café im Schafstall hervor. Dieses befindet sich in einem ehemaligen Schafstall auf einem Gutshof im Zentrum des Dorfes. Aufgrund seines ländlichen und rustikalen Charmes zieht es nicht nur Einheimische, sondern auch Wanderer und Ausflügler aus der Region an. Zudem findet die dörfliche Gemeinschaft vor Ort einen neuen Treffpunkt, um Feste und Veranstaltungen abzuhalten (mdl. Mitteilung von der Geschäftsführung FAMILIE WEBER, im Gespräch vom 10.01.2013). So wurde im vergangenen Jahr eine von der IG Bantorf organisierte Ausstellung zur Geschichte des Ortes durchgeführt, auch das weihnachtliche Krippenspiel wurde von der Kirche auf das Gelände verlegt (CALENBERGER ONLINE NEWS 2012[a]). Zudem werden immer wieder Aktivitäten angeboten, um die Menschen aus dem Ort und der Umgebung zusammenzuführen.

Nach diesen positiven Beispielen der Ortsentwicklung sollen im Folgenden auch die negativen Äußerungen dargelegt werden. Viele dieser Aspekte bedingen sich dabei gegenseitig. Unter anderem ergab die Befragung, dass den Einwohnern im Dorf die Gemeinschaft fehle. Dies wurde damit begründet, dass es keinen richtigen Treffpunkt für Jung und Alt wie etwa ein Dorfgemeinschaftshaus gibt. Gemeinschaft fände man nur in den Vereinen, die aufgrund des fehlenden Nachwuchses vom Aussterben bedroht sind. Der einzige Ort, an dem die Menschen immer wieder zusammengefunden haben, war bisher die Grundschule, die vor dem Aus steht. Neben dem Verlust einer wichtigen Bildungsstätte, die für viele ein wesentliches Kriterium für einen zukunftsfähigen Wohnstandort darstellt, wurde befürchtet, dass nach der Schließung kein Mitspracherecht für eine weitere Nutzung des Gebäudes bestehen wird.

Generell äußerten viele Befragte, dass sie sich vom Rat der Stadt Barsinghausen im Stich gelassen fühlten. Anstelle des 1998 versprochenen Einkaufszentrums ermöglichte die Stadt die Ansiedlung von diversen Gewerbeunternehmen wie Lyreco und Kaufland, Spielotheken sowie einem Erotikmarkt, was zu einer starken Verkehrszunahme sowie Lärm- und Lichtbelästigung durch die beleuchteten Gewerbeflächen und mehrere Werbepylone führte.

Für viele der Befragten ist es nicht nachvollziehbar, dass die Stadt Barsinghausen durch die Gewerbesteuer Gewinne erzielt, diese aus ihrer Sicht aber in keiner Weise an den Ortsteil Bantorf zurückfließen lässt. Einige der Befragten betonten, dass der Ortsteil bisher weder Ausgleichsmaßnahmen für den Verlust von Naturflächen erhielt, noch etwas gegen die Zunahme von Lärm, Beleuchtung und Verkehr getan wurde. Zudem wurde gehofft, dass die Schule bestehen bleiben würde, um einen Anreiz zu bieten, dass die Menschen, die im Gewerbegebiet Arbeit gefunden haben, auch ihren Wohnort hierher verlagern.

Trotz dieser negativen Tendenzen offenbarten die weiteren Ausführungen, dass der Großteil der der Befragten aus Bantorf nicht mehr wegziehen will, was vermutlich daraus resultiert, dass 84% der Befragten Eigentum in Form eines Hauses oder einer Wohnung besaß. Zudem lebten 41% der Befragten seit ihrer Geburt im Ort und fühlten sich dementsprechend heimisch.

Demgegenüber stand die Tatsache, dass die überwiegende Zahl der Kinder der Befragten aus Bantorf weggezogen war. Dieser Trend könnte sich aufgrund der negativen strukturellen Entwicklungen im Hinblick auf den Erhalt von Daseinsvorsorgeeinrichtungen auch in der dritten Generation fortsetzen, wodurch die demographischen Entwicklungen vor Ort weiter verstärkt würden. Die Einwohnerzahl würde weiter sinken und der Anteil der Alten und Hochbetagten indes steigen.

5 Zukunftsszenarien

Die gewonnen Erkenntnisse zum demographischen Wandel und die daraus resultierenden strukturellen Veränderungen im Bereich der Daseinsvorsorge sollen unter Verwendung der analysierten empirischen Daten zum Untersuchungsgebiet des Ortsteils Barsinghausen-Bantorf als Basis dienen, um zwei mögliche Zukunftsszenarien zu erstellen. Dadurch soll ein Ausblick auf die potentielle strukturelle Situation des Dorfes im Jahr 2030 gegeben werden. Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung sollen dazu dienen, bestehende Trends fortzuschreiben und eventuelle neue Tendenzen abzuleiten (JUNG 2007[3]: 3, 7-8). Die zwei Szenarien werden dabei wie folgt gegliedert:

- Variante 1: Trendszenario: In diesem Szenario soll ein Zukunftsbild geschaffen werden, welches das Niveau der demographischen Entwicklungen der vergangenen Jahre bis zum Jahr 2030 weiterführt.
- Variante 2: Extremszenario: In diesem Szenario soll der Wandel unter verschärft ungünstigen Bedingungen dargestellt werden, um aufzuzeigen, welche schwerwiegende Folgen diese für den Ortsteil im Jahr 2030 besäßen.

Abschließend sollen die beiden Szenarien dazu dienen, innovative Daseinsvorsorge-bezogene Handlungsansätze, die bereits in anderen Regionen Deutschlands erprobt werden, aufzugreifen und auf ihre Übertragbarkeit auf Barsinghausen-Bantorf zu prüfen, um Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils auszusprechen.

5.1 Variante 1: Trendszenario

5.1.1 Bevölkerungsentwicklung

Um mögliche strukturelle Veränderungen ableiten zu können, muss im Vorfeld eine Datengrundlage zur künftigen Demographie des Ortes geschaffen werden. Als Grundlage werden die langjährigen demographischen Tendenzen des Ortes herangezogen und bis zum Jahr 2030 fortgeführt.

Bereits seit Mitte der 1970er Jahre sinkt im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf die Bevölkerungszahl. Zwischen 1974 und 2012 konnte ein Rückgang um 165 Personen bzw. 4,1 Personen pro Jahr verzeichnet werden. Führt man diesen Trend fort, schrumpft die Einwohnerzahl bis zum Jahr 2030, wie in Abbildung 16 dargestellt, auf 1.132 Personen (STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 19, STADT BARSINGHAUSEN 2012[b]).

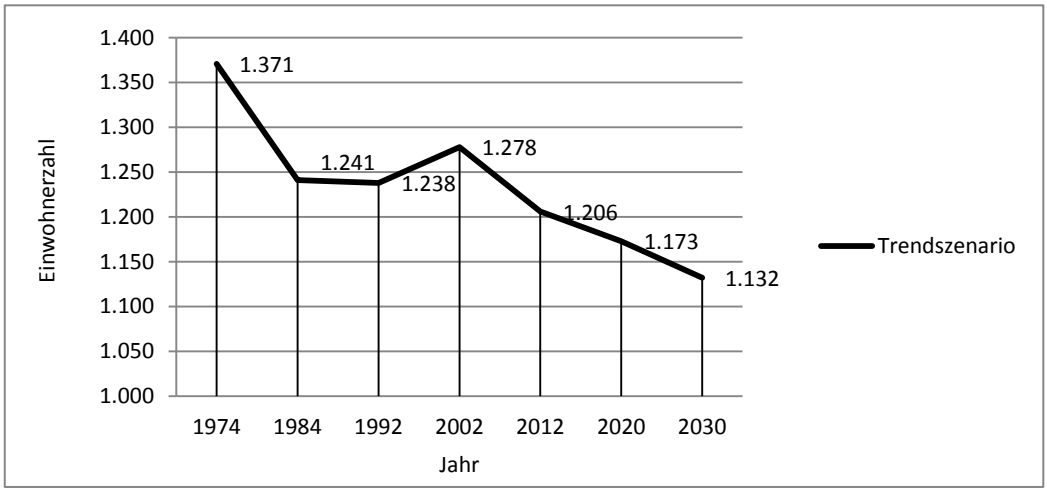

Abb. 16: Darstellung der sinkenden Bevölkerung im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf zwischen 1974-2030 (nach STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 19, STADT BARSINGHAUSEN 2012[b]).

Ausgehend von den sinkenden Bevölkerungszahlen in der Vergangenheit lässt sich diese negative Bevölkerungsvorausberechnung neben zu geringen Zuzügen von außen in erster Linie auf eine niedrige Geburtenrate zurückführen, die die Mortalität nicht mehr ausgleicht. Die Statistik der Geburtsjahrgänge der Stadt Barsinghausen offenbart, dass die Zahl der geborenen Kinder in Bantorf eher gering ausfällt. Bei einer Einwohnerzahl von 1.206 Personen wurden im Jahr 2012 nur sechs Kinder geboren, während es 1992 15 und 2002 elf Kinder waren (STADT BARSINGHAUSEN 2012[b]). Damit hat sich die Zahl der Geburten in den letzten Jahren mehr als halbiert. Gleichzeitig muss erwähnt werden, dass diese Statistik immer wieder temporären Schwankungen unterworfen war. 2004 wurden beispielsweise innerhalb eines Jahres 17 Kinder geboren, während im darauffolgenden Jahr 2005 nur noch sieben Kinder zur Welt kamen. Seit 2008 schwankt die Anzahl der jährlichen Neugeborenen indes nur noch zwischen fünf und sieben. Sollte sich dieser Trend in den kommenden Jahren fortsetzen, wird die Zahl der Geburten weiter abnehmen.

Ferner unterliegt die Bevölkerung nicht nur einer Schrumpfung, sondern altert auch immer stärker. Das Durchschnittsalter ist seit den 1960er Jahren (Abb. 17) pro Dekade um zwei bis drei Jahre angestiegen. Lag der Altersdurchschnitt 1961 noch bei 30 Jahren, waren es 2012 bereits 43 Jahre. Für das Jahr 2030 kann für die einheimische Bevölkerung ein Durchschnittsalter zwischen 45 und 50 Jahren erwartet werden.

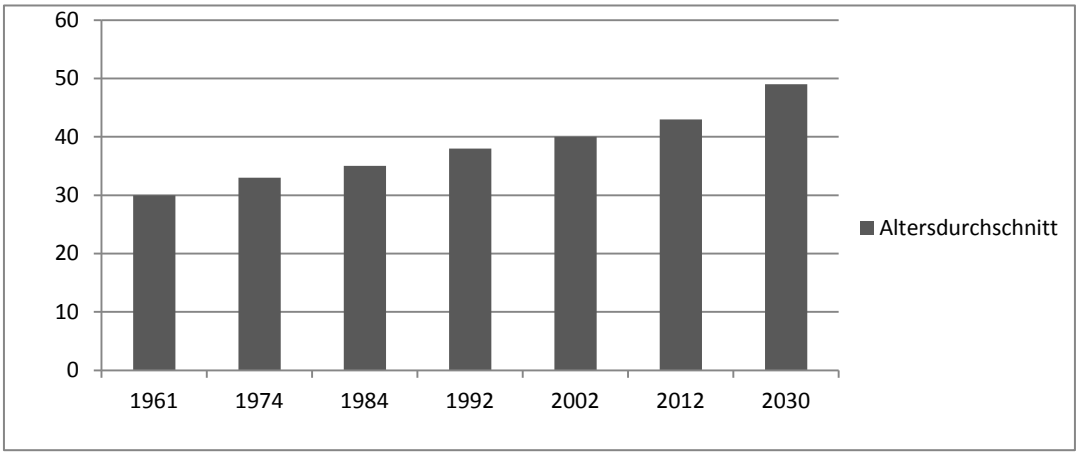

Abb. 17: Darstellung des Anstiegs des Altersdurchschnitts im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf zwischen 1961 und 2030 (nach STADT BARSINGHAUSEN 2012[b]).

Auch die Verteilung der Altersgruppen wird sich im Jahr 2030 von der aktuellen Situation abheben. Anhand von Abbildung 18 und Abbildung 19 soll veranschaulicht werden, wie sich die Bevölkerungszusammensetzung im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf im Vergleich zur gesamtdeutschen Tendenz verhalten könnte. Als Grundlage für diese Überlegungen wurde erneut die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1W-1 des Statistischen Bundesamtes als Datengrundlage herangezogen.

In Abb. 18 (a), welche die Bevölkerungszusammensetzung des Ortsteils Barsinghausen-Bantorf im Jahr 2012 darstellt, zeigt sich, dass die Altersgruppe der unter 20-Jährigen (19%) im Vergleich zur Gruppe der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 64 Jahren (63%) sehr viel geringer ausfällt. Hinzu kommt, dass auch die Anzahl der Alten und Hochbetagten mit 18% nur noch geringfügig unter dem Niveau der Jugendlichen liegt. Damit ähnelt die prozentuale Verteilung der Altersgruppen prinzipiell der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1W-1 für die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2010 (Abb. 19 (a)). Auch hier stellt die Gruppe der Erwerbsfähigen mit 61% den Hauptanteil der Bevölkerung. Abweichungen zeigen sich indes bei der Verteilung der unter 20- bzw. über 65-Jährigen. Während im Ortsteil Bantorf minimal mehr junge als alte Menschen leben, verhält sich die Verteilung der Altersgruppen in der Variante 1 W-1 für das Jahr 2010 anders herum, dort überwiegt bereits minimal der Anteil der Alten.

Greift man die prozentualen Veränderungen der Bevölkerungsvorausberechnung auch für den Untersuchungsraum auf, werden sich die Altersgruppen bis 2030 „nach oben“ verschieben (Abb. 18 (b)). Der Großteil der unter 20-Jährigen wird in die Gruppe der Erwerbsfähigen zwischen 20 und 64 Jahren aufrücken. Diese werden aber nicht ausreichen, um das entstehende Defizit auszugleichen, sodass diese Altersgruppe auf 56% schrumpfen wird. Ebenso wird sich die Gruppe der nachrückenden unter 20-Jährigen nur noch auf 18% belaufen. Ein starker Zuwachs ist bei den über 65-Jährigen zu erwarten. Der Personenkreis der aktuellen Endvierziger und beginnenden Fünfziger, die auch als Babyboom-Generation der späten 1960er Jahre bekannt sind (HEINEBERG 2010: 60), werden das erwerbstätige Alter verlassen und in die Gruppe der über 65-Jährigen wechseln. Neben diesem starken Anstieg kommt hinzu, dass auch die Zahl der Hochbetagten aufgrund der steigenden Lebenserwartung weiter zunehmen wird. Damit wird diese Gruppe 26% der im Ortsteil ansässigen Bevölkerung ausmachen.

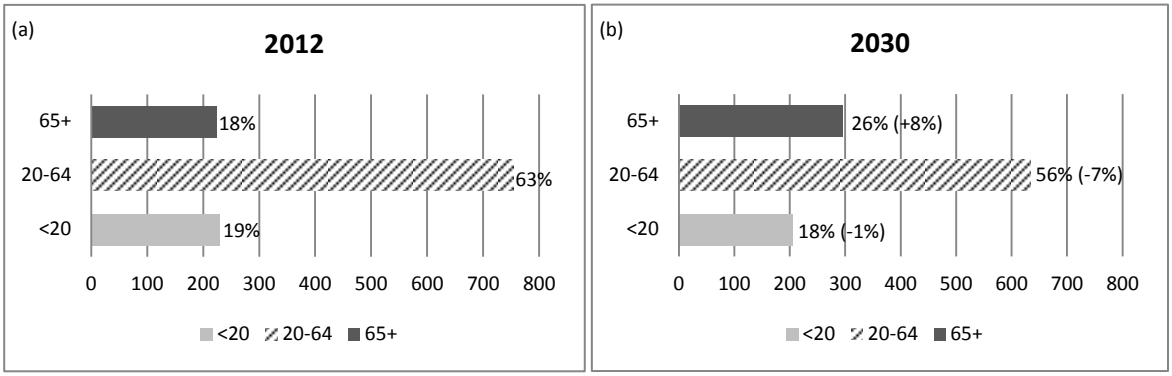

Abb. 18: Altersaufbau der Bevölkerungsgruppen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf 2012 und 2030 im Vergleich, in Anlehnung an die 12. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1W-1 für das Jahr 2010 (nach STADT BARSINGHAUSEN 2012[d], STATISTISCHES BUNDESAMT 2009).

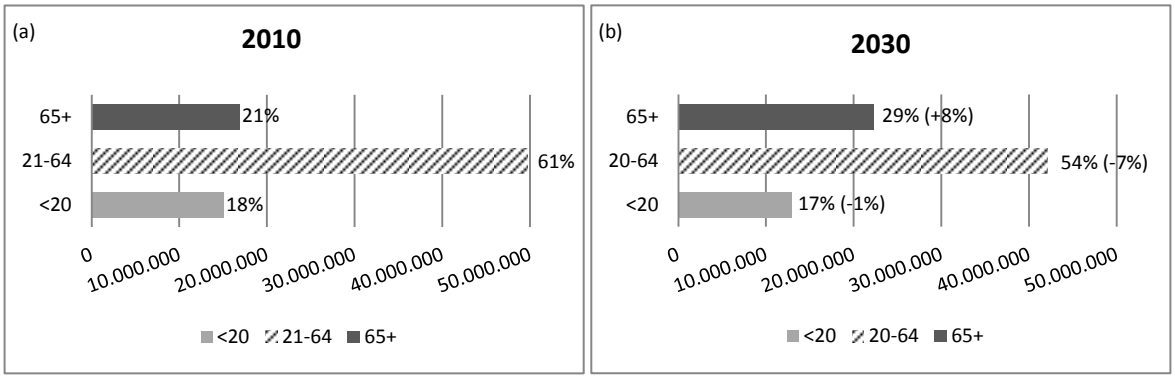

Abb. 5-4: Vergleichende Darstellung des Altersaufbaus der Bevölkerungsgruppen in Gesamtdeutschland 2012 und 2030 im Vergleich (nach STATISTISCHES BUNDESAMT 2009).

Anhand dieser Überlegungen zur demographischen Entwicklung bis ins Jahr 2030 sollen im Folgenden die tendenziellen Auswirkungen in den Bereichen Wohnsituation, Arbeitsmarkt, Freizeit und Bildung sowie Mobilität und Nahversorgung dargestellt werden.

5.1.2 Wohnsituation

Am äußeren Erscheinungsbild des Ortes wird sich bis zum Jahr 2030 kaum etwas verändern. Weiterhin werden Ein- bzw. Zweifamilienhäuser das Bild bestimmen. Allerdings wird sich die Zusammensetzung der Einwohner verändert haben, denn aufgrund der dargestellten demographischen Tendenzen werden im Ort immer weniger Einwohner leben, und diese werden verstärkt von Überalterung betroffen sein. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird zwischen 45 und 50 Jahren liegen, und auch der Anteil der Menschen im Alter von 65 Jahren und älter wird gestiegen sein. Hingegen wird es weniger Kinder und Jugendliche im Ort geben.

Diese Veränderungen werden sich anhand von Leerständen beim Wohnraum widerspiegeln und auch Auswirkungen auf die verbliebenen Privathaushalte haben, die immer kleiner werden. Haushalte mit drei und mehr Personen werden aufgrund der geringen Geburtenzahlen eine eher untergeordnete Rolle spielen. Dafür steigt die Zahl der Zweipersonenhaushalte. Aufgrund des gestiegenen Durchschnittsalters werden vor allem Ehepartner zu dieser Gruppe gehören, deren Kinder den Haushalt bereits zu Gunsten eines Partners oder aus beruflichen Gründen o.ä. verlassen haben. Damit folgen die Jungen der ungünstigen Entwicklung des Umlands der Stadt Hannover, aus dem immer mehr

junge Menschen abwandern. Zurück bleiben die Menschen, die im Ortsteil Eigentum besitzen (REGION HANNOVER 2012[a]).

Ebenfalls ansteigen wird die Zahl der Einpersonenhaushalte, in denen vor allem ältere Menschen leben, da die Altersstерblichkeit sinkt. Besonders davon betroffen sind die alleinstehenden, hochbetagten Frauen, da diese gegenüber den Männern eine ca. vier bis fünf Jahre höhere Lebenserwartung aufweisen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011).

5.1.3 Arbeitsmarkt

Bezüglich der Arbeitsmarktsituation kann davon ausgegangen werden, dass die Einpendlerströme bis 2030 steigen. Zurückzuführen ist dies auf den fertig gestellten Ausbau des Gewerbegebietes „Bantorf-Nord“. Der Ortsteil verfügte bereits 2012 über das ausgebaute Gewerbegebiet „Am Kronskamp“. Trotz des Zugewinns an Arbeitsplätzen wird der Ortsteil bis zum Jahr 2030 kaum Zuzüge von außen verzeichnen und weist weiterhin sinkende Bevölkerungszahlen auf.

Als Gründe können die fehlende Nahversorgung im Ort und das geringfügige Angebot an Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche genannt werden. Hinzu kommt, dass durch die Schließung der Grundschule Bantorf eine weitere Herabstufung der Wohnstandortattraktivität herbeigeführt wird.

Verstärkend können sich auch Begleiterscheinungen der beiden Gewerbegebiete zeigen, da sich ein zunehmendes Verkehrsaufkommen auf der A2 sowie der B65 und damit einhergehende Lärm- bzw. Lichtbelastungen negativ auswirken. Trotz der ansonsten eher ländlichen Eigenschaften und seiner direkten Lage am Erholungsgebiet des Deisters wird der Ortsteil zunehmend seinen naturnahen Charakter einbüßen.

Die Auspendlerströme werden hingegen zurückgehen, da in dem von Überalterung betroffenen Ort immer mehr Menschen aus dem erwerbsfähigen Alter ausscheiden und kaum Zuzüge erfolgen. Zudem verlassen die meisten jungen Menschen den Ortsteil zu Gunsten besser gestellter (Wohn-)Standorte.

5.1.4 Freizeit und Bildung

Durch den Mangel an Nachwuchs werden viele Vereine im Ortsteil bis zum Jahr 2030 ausgestorben sein. Besonders Vereine mit einer aktuell geringen Mitgliederzahl und einem hohen Durchschnittsalter wie dem Kriegerbund oder dem Deutschen Roten Kreuz werden nicht bestehen können.

Auch die Fußballsparte des TSV Bantorf wird von diesem Trend betroffen sein. Bereits 2012 waren keine Juniorenmannschaften vorhanden, und die bestehende Herrenmannschaft litt unter dem Nachwuchsmangel, der zukünftig durch das zunehmende Ausscheiden der älteren Aktiven zu einer Spielunfähigkeit führen wird. Die Gymnastik-/ Yogasparte, deren sportliche Ausrichtungen sowohl junge als auch alte Menschen ansprechen und die 2012 große Zuwächse aufwies, wird sich hingegen halten können.

Andere Vereine wie der Gartenbauverein oder die IG Bantorf, in denen ebenfalls Personen aus der mittleren und höheren Altersgruppe vorzufinden waren und die zukünftig den Hauptanteil der Bevölkerung ausmachen, haben ebenfalls gute Aussichten, weiterhin bestehen zu bleiben. Zwiespältig verhält es sich bei der Freiwilligen Feuerwehr, die zwar aktuell eine besonders engagierte Nachwuchsarbeit leistet und damit auch das einzige im Verein organisierte Freizeitangebot für Kinder und Jungendliche im Bantorf darstellt. Allerdings wird ihr Bestehen davon abhängen, ob die jungen Mitglieder gehalten werden können. Dagegen sprechen jedoch die Zahlen der abwandernden jungen Menschen, die den Ort häufig verlassen, wenn sie eine Ausbildung oder ein Studium beginnen und dann vom Dorf in die urbanen Räume ziehen (REGION HANNOVER 2012[a]). Sollte die Existenz der Feuerwehr bis zum Jahr 2030 überdauern, wird diese aufgrund des enormen Mangels an Kindern und Jugendlichen zeitlich begrenzt sein.

Die negative Bilanz im Hinblick auf das Vereinsleben wird sich auch auf das Gemeinschaftsgefühl der Menschen ungünstig auswirken, da die Vereine einen entscheidenden Beitrag leisteten, um so-

ziale Kontakte zu pflegen. Durch ihren Wegfall wird trotz der „überschaubaren“ Zahl an Einwohnern im Jahr 2030 die Kontaktarmut bis hin zur Isolation zunehmen.

Auch der Treffpunkt, den die Grundschule geboten hat, steht zukünftig nicht mehr zur Verfügung. Einziger Ort der Begegnung wird neben den wenigen Vereinen noch das Café im Schafstall sein, das sich wirtschaftlich überwiegend durch Wanderer aus dem Deister und Ausflügler trägt, wodurch es von den strukturellen Veränderungen im Ort nur wenig tangiert wird.

Nach der Schließung des Schulstandortes im Jahr 2016, wird sich die Problematik des Kosten-Nutzenaufwandes im Hinblick auf sinkende Kinderzahlen erwartungsgemäß auch auf den Kindergarten ausweiten. Dies wird vermutlich bereits weit vor Erreichen des Jahres 2030 der Fall sein, da im Nachbarort Hohenbostel an den Hauptstandort der Grundschule auch ein Kindergarten angebunden ist. Voraussichtlich wird somit auch die Schließung der letzten verbliebenen Bildungsstätte in Bantorf in den Fokus der Diskussion treten.

5.1.5 Mobilität und Nahversorgung

Im Jahr 2012 wies der Ort eine gute infrastrukturelle Anbindung auf. Hinsichtlich des Straßennetzes werden zukünftig keine Verschlechterungen eintreten, da diese die Grundlage für die Frequentierung der beiden Gewerbegebiete darstellen. Auch die Anschlussmöglichkeiten der S-Bahn werden sich aufgrund der erwarteten Einpendlerströme nicht verändern.

Anders wird es sich beim ÖPNV-Angebot der Buslinien verhalten. Durch insgesamt sinkende Schülerzahlen wird eine wichtige Nachfragegruppe tendenziell abnehmen. Die Personengruppe, die 2030 zu den „Alten“ zählt, wird im Gegensatz zu den bisherigen kaum als zweites „Standbein“ für den ÖPNV dienen können, da sie es im Gegensatz zu früheren Generationen gewohnt ist, ihre alltägliche Mobilität mit dem PKW zu organisieren. Zudem ist diese Gruppe im Hinblick auf die Möglichkeiten der Nahversorgung seit jeher damit vertraut, externe Standorte in Bad Nenndorf und Barsinghausen anzufahren, um Arztbesuche und Einkäufe des täglichen Bedarfs zu erledigen. Dementsprechend wird sie zukünftig nicht auf einen PKW verzichten, insbesondere auch deshalb nicht, weil kaum Erfahrungen mit dem ÖPNV gemacht wurden (GATHER ET AL. 2008: 43-44).

Diese beiden Faktoren, gekoppelt mit einem weiteren Preisanstieg bei den Benzinpreisen aufgrund zunehmender Rohölpreise verlangen Veränderungen im ÖPNV-Angebot, um das Verhältnis von Kosten und Nutzen einigermaßen auszugleichen (STATISTA 2013).

Unter anderem wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2030 die Buslinie 533, die eine Verbindungstrecke zwischen Bad Nenndorf und der Straßenbahnlinie in Empelde bei Hannover darstellt, weggebrochen ist und durch die S-Bahnlinie, die ebenfalls beide Standorte anfährt, ausgeglichen wird. Die Linie 530, die vor allem den Schülerverkehr zwischen den Dörfern Bantorf, Wichtringhausen und Winninghausen/Hohenbostel mit den Schulstandorten in Barsinghausen regelte, wird ihr Angebot auf die Stoßzeiten zu Schulbeginn und Schulende begrenzen und die Taktung von einer auf zwei Stunden erhöhen. Zudem wird der Verkehr an den Wochenenden eingestellt und ebenfalls von der S-Bahn übernommen.

5.2 Variante 2: Extremszenario

Die folgende Darstellung des Extremszenarios verfolgt das Ziel, die Situation vor Ort nochmals in einem verstärkt negativen Kontext bezüglich des demographischen Wandels und der daraus resultierenden Auswirkungen auf die Daseinsvorsorge im Jahr 2030 zu betrachten.

5.2.1 Bevölkerungsentwicklung

Als ausschlaggebende Kriterien für diesen Verlauf sollen die Schließung der Grundschule im Jahr 2016 und der Wegfall des Kindergartens im Jahr 2020 die Basis bilden. Beide Bildungsstätten können als „Kapital“ des Ortes angesehen werden, da sie einen wesentlichen Anreiz für den Verbleib und den

Zuzug jüngerer Menschen (Paare, Familien etc.) bieten und damit gleichzeitig den Erhalt des Ortes in der Zukunft sichern.

Für das Trendszenario wurde ein Bevölkerungsverlust von zukünftig 165 Personen als Maßstab genommen, der zu einer Einwohnerzahl von 1.132 Personen im Jahr 2030 geführt hat. Für das Extremszenario soll die Schulschließung im Jahr 2016 eine gravierende Ursache für eine steigende Abwanderung der jüngeren Altersgruppen bilden. Neben den eingeschränkten beruflichen Perspektiven im Ort und den allgemeinen Abwanderungstendenzen im Umland von Städten zu Gunsten der Kernstadt soll der Wegfall der Bildungseinrichtung auch ein Kriterium dafür bieten, dass die aktuelle Personengruppe der unter 20-Jährigen für sich und eigene, zukünftige Kinder kaum Perspektiven im Wohnstandort Bantorf sieht. Als Folge würde sich der Rückgang der Bevölkerungszahl maßgeblich erhöhen, und das Durchschnittsalter würde weiter steigen.

2012 lebten 229 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren in Bantorf (STADT BARSINGHAUSEN 2012[d]). Würden von diesem Personenkreis bis zum Jahr 2030 weitere 100 Menschen zusätzlich zu den 165 Personen, die bereits im Trendszenario den Ort verlassen haben, hinzukommen, schrumpfte die Bevölkerung auf 1.032 Personen (Abb. 20).

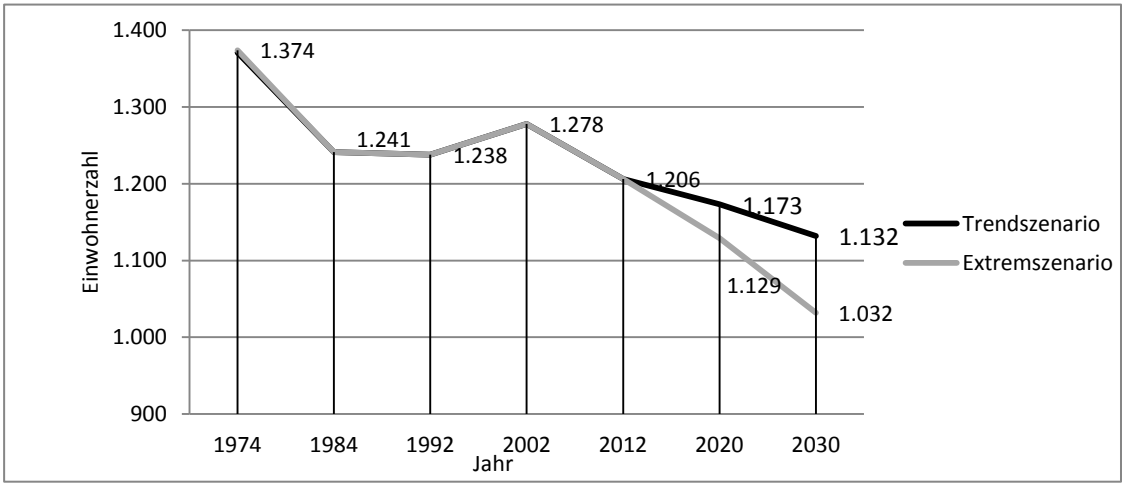

Abb. 20: Vergleich der Bevölkerungsentwicklungen im Trend- und Extremszenario zwischen 1974 und 2030 (nach STATISTISCHES AMT HANNOVER 1988: 19, STADT BARSINGHAUSEN 2012[b]).

Durch die Verluste im Bereich der jüngeren Altersgruppe würde sich auch das Durchschnittsalter der örtlichen Bevölkerung weiter nach oben verschieben und geschätzt 55 Jahre betragen (Abb. 21).

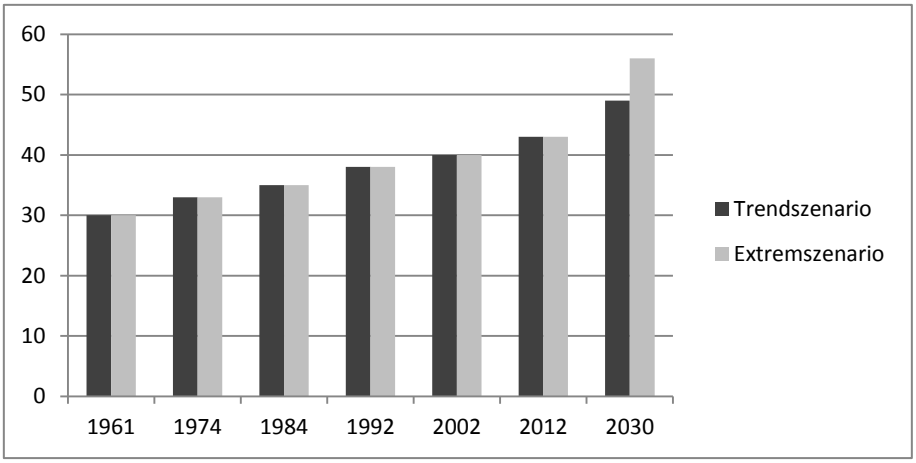

Abb. 21: Vergleich des Anstiegs des Durchschnittsalters im Trend- und Extremszenario zwischen 1974 und 2030.

Damit würde auch insgesamt eine Verschiebung der Altersgruppen eintreten, die eine Vergrößerung der Altersgruppe zwischen 20 und 64 mit sich bringen würde, wobei aufgrund des stark gestiegenen Durchschnittsalters von 55 Jahren nur wenige Menschen unter 30 Jahren in Bantorf leben würden.

5.2.2 Wohnsituation und Arbeitsmarkt

Durch den erhöhten Wegzug der jungen Menschen seit der Schul- und Kindergartenschließung 2016 bzw. 2020, werden sich die Leerstände bezüglich des Wohnraumes drastisch erhöhen. Die Zahl der Personenhaushalte mit drei oder vier Personen wird zudem gegen Null tendieren, da kaum noch junge Paare oder Familien im Ort leben. Den größten Anteil werden, wie im Trendszenario bereits dargestellt, die Zweipersonenhaushalte einnehmen, in denen ältere Paare bzw. Ehepaare ohne Kinder leben. Ihnen folgt der Einpersonenhaushalt, in dem mit steigendem Alter besonders viele hochbetagte Frauen leben werden, da diese aufgrund ihrer höheren Lebenserwartung gegenüber Männern tendenziell überwiegen (STATISTISCHES BUNDESAMT 2011).

Da viele junge Menschen Bantorf aufgrund fehlender Perspektiven bezüglich der Bildungsmöglichkeiten vor Ort verlassen haben und auch die beruflichen Perspektiven in der Kernstadt bzw. der urbanen Zone attraktiver sind, werden kaum ortsansässige Menschen in den Gewerbeflächen vor Ort arbeiten. Wahrscheinlicher ist es, dass ehemalige Ortsbewohner, die zu Gunsten einer zentralen Lage mit einer Bandbreite an Bildungs- und Freizeitmöglichkeiten umgezogen sind, zurückpendeln, um in den Gewerbegebieten „Am Kronskamp“ und „Bantorf-Nord“ zu arbeiten, da dies aufgrund der guten Anbindungsmöglichkeiten via PKW und S-Bahn möglich ist.

Die Außenpendlerströme werden ähnliche Züge annehmen wie im Trendszenario. Die Überalterung der Einwohner steigt, sodass immer mehr Menschen aus dem erwerbsfähigen Alter aussteigen. Hingegen kann mit Zuzügen von außen wegen der negativen strukturellen Entwicklung nicht gerechnet werden.

5.2.3 Freizeit, Bildung, Mobilität und Nahversorgung

Durch den Wegfall jeglicher Bildungsstätten hat der Ort einen massiven Verlust junger Menschen erfahren. Damit steht der Ort aufgrund der fehlenden nachrückenden Jugend tendenziell vor dem Aussterben, was sich vornehmlich auch in den Vereinen zeigt. Mit dem Ausscheiden der aktiven Mitglieder über die Jahre hinweg werden sich letztendlich alle Vereine bis zum Jahr 2030 aufgelöst haben.

Aufgrund der stark rückläufigen Schülerzahlen wird insbesondere die verbliebene Buslinie 530 massive Einschnitte erfahren. Von den bisher vorhandenen sieben Haltstellen, die der Bus 2012 noch angefahren hat, werden im Jahr 2030 nur noch zwei frequentiert, da sie an zentralen Punkten entlang der Durchgangsstraße Bantorfer Brink liegen.

Damit werden neben den Schülerinnen und Schülern insbesondere ältere Menschen mit Einschnitten leben müssen. Die Personen, die ihre Einkäufe des täglichen Bedarfs oder Arztbesuche über diese Busanbindungen organisiert haben, müssen längere Gehwege zu den einzelnen Haltestellen in Kauf nehmen. Aufgrund der „zersplitterten“ Siedlungsform und der Hanglage am Deister wird sich die Mobilität in diesem Bereich stark einschränken. Vermehrt muss auf den PKW ausgewichen oder die S-Bahn genutzt werden, die aber wegen ihrer nördlichen Lage am Rande des Dorfes auch nur unter erschwerten Bedingungen erreichbar ist.

6 Handlungsoptionen für Barsinghausen-Bantorf

6.1 Nachhaltigkeitsinnovationen zur Sicherung der Daseinsvorsorge

Die beiden Szenarien haben demographische Entwicklungen aufgezeigt, die langfristig zu weiteren strukturellen Veränderungen in Bezug auf das Angebot an Daseinsvorsorgeeinrichtungen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf führen können. Insgesamt betrachtet hat sich sowohl beim Trend- als auch

beim Extremszenario herausgestellt, dass die Siedlung hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung Herausforderungen gegenüber steht.

Als negativ für den Wohnstandort Bantorf kann die nicht vorhandene Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs benannt werden, aus der eine große Abhängigkeit zu externen Standorten resultiert (LIENAU 1995²: 99). Aber auch die Daseinsgrundfunktionen „sich erholen", „sich bilden", „in Gemeinschaft leben" und „Verkehrsteilnahme" können bereits heute nicht mehr vollständig und zukünftig immer schlechter gewährleistet werden. Durch das Vereinssterben entfällt der Aspekt der Erholungsfunktion, durch die Schließung der Grundschule und den nicht auszuschließenden Wegfall des Kindergartens wird die Funktion der Bildung gefährdet. Dasselbe gilt für das Gemeinschaftsleben. Es fehlen Treffpunkte, in denen Aktivitäten für die Alten und insbesondere für die jungen Menschen angeboten werden.

Zur Grunddaseinsfunktion der Verkehrsteilnahme zählen auch die Verkehrswege, die Anbindungen an weitere Städte und Gemeinden bieten. Augenblicklich kann dieser Bereich als wenig problematisch angesehen werden, da trotz ländlicher Strukturen ein gutes Straßennetz und öffentliche Verkehrsmittel vorhanden sind. Diese Situation wird sich aber zwangsläufig – wie im Trend- und im Extremszenario dargestellt – den negativen Entwicklungstendenzen anpassen.

Die momentane und zukünftige Arbeitsmarktsituation bietet hingegen keinen Anlass, darin eine Ursache für die ungünstige Ortsentwicklung und die schrumpfenden Einwohnerzahlen zu sehen. Sowohl die Nähe zur Stadt Hannover als auch die beiden Gewerbegebiete im Ortsteil bieten ausreichend Arbeitsplätze.

Den Entwicklungen vor Ort sind jedoch auch die Einschätzungen der Bewohner hinsichtlich ihrer Zufriedenheit mit der aktuellen Situation gegenüber zu stellen. Hier wurde festgestellt, dass die Zufriedenheit in Bezug auf Mobilität, Nahversorgung und Freizeit bislang noch relativ hoch ist. Gleichzeitig wurden aber auch viele Sorgen der Einwohner ausgemacht, was die zukünftige Entwicklung vor allem in den Bereichen Bildung und Gemeinschaftsleben anbetrifft.

Die Erkenntnisse zeigen, dass über eine Neukonzeption der Daseinsvorsorge nachgedacht werden muss (BMI 2011). In Bezug auf die Erhaltung von Daseinsvorsorgeeinrichtungen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf ist die Einbeziehung verschiedener Akteure vonnöten. Zwar soll entsprechend des Prinzips der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen die Verfügbarkeit von Einrichtungen der technischen und sozialen Daseinsvorsorge im Sinne einer „zivilisatorische[n] Grundversorgung" (DIFU 2012) gewährleistet werden, allerdings ist die genaue Auslegung weder auf Bundes-, Länder- oder Kommunalebene einheitlich geregelt (DIFU 2012). Um eine flexible und regional angemessene Daseinsvorsorge zu ermöglichen, sind neben der Politik auch die Einbeziehung und der Modernisierungswille der ansässigen Bevölkerung gefragt, um sich den aktuellen und kommenden Herausforderungen zu stellen (BMI 2011). Innovative Ansätze, die sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig sind, rücken damit in den Mittelpunkt der Betrachtung der langfristigen Siedlungsentwicklung in Barsinghausen-Bantorf.

In diesem Zusammenhang ist Nachhaltigkeitsinnovatoren eine besondere Rolle zuzuschreiben, denn sie können einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung durch die Umsetzung neuer Kooperationsansätze zur Sicherung der Daseinsvorsorge leisten. Der Begriff „Sustainable Entrepreneurship" bezieht sich dabei nach SCHALTEGGER & WAGNER (2011) auf die Realisierung von Nachhaltigkeitsinnovationen und umfasst sowohl soziale als auch ökologische Zielsetzungen unternehmerischen Handelns. Unternehmerisches Handeln wird hier entsprechend SCHUMPETER (1934) als „schöpferische Zerstörung" angesehen, wobei Nachhaltigkeitsinnovatoren konventionelle Produktionsmethoden, Produkte, Marktstrukturen oder Konsummuster zerstören und durch überlegenere soziale oder ökologische Produkte und Dienstleistungen ersetzen. Sustainable Entrepreneurship kann unterteilt werden in die Teilbereiche „Social Entrepreneurship" und „Ecopreneurship". Das Hauptziel sozialer Unternehmer ist es, soziale Probleme zu lösen und einen gesellschaftlichen Mehrwert zu erzeugen. Ökonomische Ziele sind dabei nur Mittel zum Zweck. Im Vordergrund steht nicht in erster Li-

nie das Erzielen von Gewinnen, sondern zunächst einmal die finanzielle Absicherung der Projektdurchführung (Forster 2012). Ecopreneure hingegen verfolgen das Ziel, ökologische Probleme zu lösen. Hier stehen Gewinnabsichten mehr im Vordergrund als bei Social Entrepreneurs (SCHALTEGGER & WAGNER 2011).

> „Entrepreneurs are the catalyst that brings together money, people, ideas etc. to establish value creating networks" (SCHALTEGGER & WAGNER 2011: 225).

Dementsprechend können Nachhaltigkeitsinnovatoren in kleinen Städten und Gemeinden in ländlichen Räumen dazu beitragen, wichtige Ressourcen zu bündeln und neu zu kombinieren, um sie zu einer nachhaltigen Sicherung der Daseinsvorsorge einzusetzen. Unternehmertum kann sich dabei auf unterschiedliche Akteure beziehen. So können damit wirtschaftliche Unternehmen gemeint sein, aber auch soziale Akteure (z.B. Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen), staatliche Einrichtungen oder auch Teilbereiche oder einzelne Akteure in diesen (GERLACH 2003). Gemeinsam ist ihnen, dass sie soziale und ökologische Innovationen hervorbringen und umsetzen. Auch Kooperationen zwischen diesen Akteursgruppen erlangen zunehmende Bedeutung. So sind Private-Public-Partnership-Initiativen eine wichtige Kooperationsform zwischen staatlichen Institutionen und wirtschaftlichen Akteuren. Genossenschaften hingegen stellen eine Form der Kooperation zwischen Wirtschaft und Zivilgesellschaft dar.

Im Folgenden sollen Nachhaltigkeitsinnovationen, die bereits in anderen Regionen Deutschlands in der Erprobung sind, diskutiert und ihre Übertragbarkeit auf Barsinghausen-Bantorf geprüft werden. Darauf aufbauend werden einige Handlungsoptionen bezüglich der Sicherung der Daseinsvorsorge für den Ortsteil formuliert.

6.2 Grundschule

Aktuell gehört die Schließung der Grundschule Bantorf zu den „harten" Sparmaßnahmen der Stadt Barsinghausen, die im Rahmen des Entschuldungsvertrages mit dem Bundesland Niedersachsen getroffen wurden. Nur im Falle einer positiven Entwicklung des Standortes kann diese Maßnahme im Einzelfall zurückgenommen werden (CALENBERGER ONLINE NEWS 2012). Um dies zu ermöglichen, müssen dringend Maßnahmen erfolgen, die für den Erhalt des Standortes sprechen.

Auf der Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen vom 13.12.2012 wurde angekündigt, die Ausschreibung eines neuen Baugebietes „Dorfwiesen" im Ortskern von Bantorf umzusetzen. Dadurch könnte neben dem vorhandenen Wohnraum, neuer geschaffen werden, sodass Bauwillige – insbesondere Arbeitnehmer aus den Gewerbegebieten – nicht mehr auf andere Orte ausweichen müssen. Durch den möglichen Zuzug von außen könnte kurzfristig auch ein Anstieg der Schülerzahlen erreicht werden.

Langfristig betrachtet müssen aber weitere Maßnahmen den Erhalt der Schule und die Attraktivität des Ortes sichern. Dabei bieten sich Modelle an, die bereits in den Neuen Bundesländern erprobt wurden. Als Beispiel sei das Projekt der Kleinen Grundschulen in Brandenburg genannt. Um kleine Schulstandorte zu erhalten, wird dort qualitativ hochwertiger und innovativer sowie jahrgangsübergreifender Unterricht durchgeführt (BMI 2011).

Die Grundschule Bantorf versucht bereits einen ähnlichen Weg zu bestreiten. Im Jahr 2008 wurde ein skandinavisches Modell eingeführt, das ebenfalls einen jahrgangsübergreifenden Unterricht in den Fächern Deutsch und Mathe vorsieht (DLZ 2008) und auf die Sozialisation in Form gegenseitiger Hilfe zwischen älteren und jüngeren Schulkindern setzt (DLZ 2008[a]). Dieses pädagogische Konzept könnte in Anlehnung an die Kleinen Grundschulen in Brandenburg weiter ausgebaut werden. Neben dem jahrgangsübergreifenden Unterricht wird in diesem Modell auch die Zusammenarbeit mit Vereinen und Institutionen gefördert. Durch sogenannte Lernwerkstätten, die in Kooperation mit externen Akteuren wie der Feuerwehr, Betrieben und Vereinen geschaffen werden, wird Lernen mit allen Sinnen ermöglicht. Dazu werden auch außerschulische Standorte besucht und entsprechende Projek-

te durchgeführt, wodurch lebensnahes Lernen ermöglicht wird (LANDESREGIERUNG BRANDENBURG 2013). Dieser Aspekt und das Vorhandensein der kleinen Klassen bieten Vorteile, da eine intensive und individuelle Förderung ermöglicht wird, was insbesondere im Kontext der Inklusion erfolgsversprechend erscheint.

An dieser Stelle wäre allerdings auch politische Initiative gefragt, da eine Öffnung der Einzugsgebietsgrenzen für die Grundschule nötig wäre. Mit dem Modellprojekt könnten Schülerinnen und Schüler über die Ortsgrenzen hinaus gewonnen und die Schülerzahlen dauerhaft stabilisiert werden (WILHELM-BUSCH-SCHULE HOHENBOSTEL 2010).

Das Projekt der Kleinen Schulen in Brandenburg beinhaltet darüber hinaus auch die Sicherstellung einer Nachmittagsbetreuung für Kinder aus dem Kindergarten, der eigenen Schule, aber auch für ältere Kinder und Jugendliche. Eine solche Betreuung wird häufig durch außerschulische Träger aus den Bereichen Kindertagesbetreuung bzw. Kinder- und Jugendhilfe von Seiten der Kirche gewährleistet. Zusätzlich werden aber auch hier Eltern und Vereine mit einbezogen (Landesregierung Brandenburg 2013).

Eine Anmietung durch außerschulische Träger würde auch eine Kosteneinsparung für die Stadt Barsinghausen darstellen, die derzeit für die Unterhaltung des Standortes jährlich 27.600 Euro aufbringen muss (CALENBERGER ONLINE NEWS 2012). Zudem würde die Unterhaltung des ab 2016 leer stehenden Gebäudes auch weiterhin Kosten verursachen, ebenso wie die Unterbringung der Bantorfer Grundschüler in Hohenbostel, die, wie in Kapitel 4.3 dargestellt, nicht ohne teure Umbaumaßnahmen zu realisieren wäre.

Mit einem modernen Vorzeigeprojekt bestehend aus einer innovativen Schule und einer angebundenen Nachmittagsbetreuung für Kinder und Jugendliche würde die Stadt Barsinghausen den Wohnstandort maßgeblich stärken und Anreize für junge, berufstätige Eltern bieten. Eine Realisierung dieser Pläne wäre aufgrund der Gebäudegröße und dem weitläufigen Schulgelände denkbar. Voraussetzung ist eine Kooperation zwischen Gemeinde, engagierten Teilen der Bevölkerung und interessierten lokalen Unternehmen.

6.3 Vereine und Freizeit

Die bereits angeklungene Kooperation der Schule mit außerschulischen Partnern würde auch den ansässigen Vereinen zu Gute kommen, die aufgrund des mangelnden Nachwuchses zunehmend vom „Aussterben“ bedroht sind. Da viele Vereinsmitglieder bereits das Rentenalter erreicht haben, könnten diese Personen einen Teil der Nachmittagsbetreuung in der Schule mitgestalten. Eine solche Verbindung von Jung und Alt würde zudem die dörfliche Gemeinschaft stärken, denn „es […] sollte darum gehen, Kinder- und Jugendarbeit aktiv in die Gemeinschaft des Ortes zu integrieren und die Vernetzung mit den schon vorhandenen Kräften voranzutreiben: Weg vom Rückzug in die Privatheit […], hin zur Integration der Kinder und Jugendlichen als wichtige Mitglieder der Dorfgemeinschaft“ (KELLERMANN ET AL. 2010).

Ein solches Engagement, das Kinder, Jugendliche, junge Menschen und Ältere als Mitglieder einer Dorfgemeinschaft zusammenführt, könnte auch dazu führen, dass Personen, die den Ort aufgrund einer Ausbildung oder eines Studiums verlassen, später zurückkehren, da sie vor Ort Perspektiven sehen.

Ein Beispiel für eine Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit in Verbindung mit der Schule und den Vereinen könnte so gestaltet werden, dass Vereine an mehreren Tagen in der Woche Aktivitäten anbieten. Der TSV Bantorf könnte im Rahmen seiner Fußball- und Gymnastik-/Yogasparte sportliche Freizeitbeschäftigungen anbieten, die Jungen und Mädchen ansprechen. Auch die Freiwillige Feuerwehr, die im Nachbargebäude ansässig ist, könnte an einem Tag in der Woche ein vielfältiges Programm bereitstellen. Neben den feuerwehrtechnischen Ausbildungsmöglichkeiten, werden oftmals auch Bastel- und Werkarbeiten durchgeführt oder Initiativen zum Umweltschutz wie das Pflanzen

von Bäumen oder Müllsammelaktionen im Ort organisiert (mdl. Mitteilung des Ortsbrandmeisters MICHAEL KUPFER, im Gespräch über Kinder- und Jugendarbeit der FFW Bantorf vom 14.01.2013). Auch Spielenachmittage, bei denen Alt und Jung zusammentreffen, wären denkbar. Neben den Schulräumen könnten zusätzlich auch die ebenfalls im Gebäude befindlichen Räume des DRK genutzt werden, sodass eine öffentliche Begegnungsstätte für alle Menschen im Ort errichtet werden könnte.

Ebenso wäre das Anlegen eines Schulgartens denkbar, in dem Obst und Gemüse in Zusammenwirken mit dem Gartenbauverein angebaut wird. Die gemeinsame Bebauung und Pflege könnte nach Schulschluss in den Nachmittagsstunden erledigt werden. Dieses Angebot würde ebenfalls Menschen aus verschiedenen Altersgruppen ansprechen und könnte als Grundlage für die Errichtung eines ehrenamtlichen und in Eigeninitiative geführten Dorfladens, wie dies aus anderen Regionen bekannt ist, ausgebaut werden. Auch hier könnten neue Kooperationen zwischen Gemeinde und Vereinen die Basis für einen nachhaltigen Handlungsansatz bieten.

6.4 Nahversorgung

Zum Schulgebäude gehört eine leer stehende Hausmeisterwohnung, die ursprünglich als Raumerweiterung für die Grundschule gedacht war (Abb. 22). Ein dazugehöriger Garten und ein Hühnerstall würden zudem ausreichend Platz bieten, um Beete anzulegen und sogar Kleintiere zu halten. Neben diesen gemeinschaftlich gepflegten Flächen könnten die Dorfbewohner auch eigene Produkte aus ihren heimischen Gärten vertreiben und Waren des täglichen und kurzfristigen Bedarfs verkaufen. Ferner würden die kurzen Wege sogar älteren Menschen die Möglichkeit bieten, ihre Versorgung selbst zu organisieren.

Abb. 22: Vorderansicht der Grundschule Bantorf. Gekennzeichneter Bereich (li.) zeigt die freistehende Hausmeisterwohnung und den Eingangsbereich der Schule (re.) (Quelle: GAWERT 2013).

Ähnliche Projekte finden sich bereits in mehreren Regionen Deutschlands, in denen die Nahversorgung vor Ort aufgrund des demographischen Wandels und schwindender Daseinsvorsorgeeinrichtungen ebenfalls eingeschränkt ist. Als Beispiel sei der Dorfladenverein Bromskirchen e.V im Landkreis Waldeck-Frankenberg in Hessen genannt (HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2008). Mithilfe ehrenamtlicher Mitarbeiter und von Geldern von Privatleuten, Sponsoren sowie einem zinslosen Darlehen der Gemeinde eröffneten die Einwohner im Jahr 2007 einen Dorfladen mit der Intention, die ansässige Bevölkerung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu versorgen. Als Zielgruppe wurden anfangs vornehmlich ältere Menschen angesprochen. Mittlerweile hat sich das Geschäftsmodell etabliert und wird von einer breiten Masse getragen. Auch das Land Hessen unterstützt den Dorfladen Bromskirchen e.V inzwischen mit Landesmitteln (HESSI-

SCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ 2008). Ein solches Modell, das auf einer Kooperation zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft fußt, wäre auch in Bantorf denkbar und könnte eventuell mit dem Engagement der IG Bantorf sowie weiteren Vereinen und Einwohnern ins Leben gerufen werden.

6.5 Mobilität

Aufgrund sinkender Schülerzahlen und einer Generation von künftigen Alten, die ihre Alltagsmobilität vorwiegend mit dem PKW regeln wird (GATHER ET AL. 2008: 43), ist mit einem Nachfragerückgang beim öffentlichen Personennahverkehr zu rechnen. Daher müssen Überlegungen getroffen werden, wie die zukünftige Mobilität für die steigende Anzahl an Menschen der Altersgruppe 65+ geregelt werden kann, wenn diese nicht mehr fahrtauglich sind.

Neben Einkäufen muss diese Personengruppe häufig Arztbesuche tätigen, da statistisch betrachtet mit der zunehmenden Überalterung der Bevölkerung auch ein erhöhter Pflegebedarf einhergeht (STATISTISCHES BUNDESAMT 2008). Eine Möglichkeit bestünde darin, eine bedarfsorientierte Form des Gemeinschaftsverkehrs zu errichten. Während der Schulverkehr zukünftig weiterhin erhalten bleibt, sich damit aber auf ein Minimum an Fahrzeiten pro Tage beschränkt und sich dafür auf längere Fußwege erweitern wird, könnten in den 18 Barsinghäuser Ortsteilen Ortsbusse in Form von Taxen oder Kleinbussen eingesetzt werden (GATHER ET AL. 2008: 251-252). An Stelle eines starren Linienbetriebes würde sich das Mobilitätsangebot an der Nachfrage orientieren. Allerdings darf die Wirtschaftlichkeit eines solchen bedarfsorientierten Verkehrskonzepts nicht außer Acht gelassen werden. Besonders effektiv haben sich bei Modellversuchen Anruf- und Sammeltaxen herausgestellt. Sie verkehren nur bei Anmeldung eines Fahrtwunsches und fahren dabei meist feste Abfahrtsstellen an, direkte Abholungen werden durch extra erhobene Komfortzuschläge ausgeglichen (GATHER ET AL. 2008: 252-253).

Eine weitere Variante zur medizinischen Versorgung immobiler, älterer Personen bietet das Modellprojekt AGnES (Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention) (INSTITUT FÜR COMMUNITY MEDICINE 2008). Dahinter verbergen sich Grundgedanken zur Entlastung der Hausärzte und die Versorgung pflegebedürftiger Menschen in ihrem Zuhause. Medizinische Fachangestellte und Krankenpfleger, die über eine zusätzliche Qualifikation verfügen, übernehmen die „Hausbesuche“ von Ärzten.

Insbesondere in ländlichen Gebieten wie etwa Mecklenburg-Vorpommern, in denen eine flächendeckende medizinische Versorgung nicht immer geleistet werden kann, können diese Projekte die medizinische Versorgung verbessern (INSTITUT FÜR COMMUNITY Medicine 2008). In Niedersachsen ist dieses Konzept unter den Namen „Moni“ („Modell Niedersachsen“) und „Verah“ („Versorgungsassistentin in der Hausarztpraxis“) bekannt und gleichzeitig umstritten. Der NIEDERSÄCHSISCHE PFLEGERAT (2009) äußerte sich in einer Pressemitteilung vom 28.10.2009 kritisch zu den Modellen, da die Weiterbildungsmaßnahmen des Pflegepersonals bisher nicht ausreichen würden, um die Arbeit von Ärzten zu übernehmen.

Somit ist das Projekt in Anbetracht des demographischen Wandels und einer zunehmend eingeschränkten Daseinsvorsorge zwar zeitgemäß, kann bedingt durch die aktuelle Umsetzung allerdings nur begrenzt als wirksame Handlungsempfehlung angesehen werden, da es bisher nur eine Ergänzung zu den bestehenden mobilen Pflegediensten darstellt.

7 Resümee

Insgesamt konnte in dieser Studie festgestellt werden, dass die demographischen Tendenzen zur Schrumpfung, Überalterung und Zusammensetzung der Bevölkerung wesentlichen Einfluss auf die Strukturen der gegenwärtigen und zukünftigen Daseinsvorsorge haben. Daraus ergibt sich eine Vielzahl von Folgen, die in ihren Ausprägungen in den Bundesländern, Regionen und Kommunen der Bundesrepublik Deutschland variiert. Ferner muss die Einsicht erfolgen, dass nicht nur die vermeintlich strukturschwachen Gebiete, wie man sie vornehmlich in den Neuen Bundesländern findet, be-

troffen sind. Die „schleichenden Prozesse“ des demographischen Wandels und die strukturellen Veränderungen der Daseinsvorsorge breiten sich immer mehr aus und dürfen auch in einem wirtschaftlich starken Gebiet wie der Region Hannover nicht vernachlässigt werden.

Das aufgezeigte Untersuchungsgebiet, der Ortsteil Barsinghausen-Bantorf, ist dementsprechend ein sehr gutes Beispiel für diese Prozesse der Überalterung, Abwanderung und niedrigen Geburtenhäufigkeit, deren Folgen sich bereits auf die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Einwohner beginnen auszuwirken.

Die Analyse der empirischen Daten hat ergeben, dass vornehmlich die älteren Menschen im Ort zurückbleiben, da sie meist über Eigentum verfügen, das sie bindet. Im Gegensatz dazu sind die jungen Menschen zu sehen, die ihre Heimat zu Ausbildungszwecken oder wegen eines Partners verlassen und Wohnstandorte wählen, in denen die Perspektiven aufgrund abgedeckter Grunddaseinsfunktionen attraktiver sind. Dazu zählen vornehmlich die Städte und deren urbane Zone.

Insbesondere die fehlende Nahversorgung im Ort, die eingeschränkten und rückläufigen Freizeitangebote der Vereine sowie ein fehlendes Gemeinschaftsgefühl der Dorfbewohner führen zu einer Schrumpfung der Bevölkerung. Dies wird durch den Wegfall der bis dato verbliebenen Bildungsangebote weiter verstärkt werden. Darüber hinaus offenbarten sowohl das Trend-, als auch das Extremszenario für die Zukunft weitere massive Einschnitte im Bereich der Daseinsvorsorge. Dementsprechend besteht die Notwendigkeit des Handelns, um sich diesen Herausforderungen anzunehmen. Dafür muss eine regional flexible Neukonzeption der Daseinsvorsorge vorgenommen werden, um den Wohnstandort lebenswert zu halten.

Die Politik muss an dieser Stelle aktiv werden. Aber im Hinblick auf die kommunale Verschuldung, die auch auf die Gemeinde Barsinghausen zutrifft, sind zusätzlich die Akteure vor Ort gefragt. Sie müssen bewusst in die Problemlösung mit eingebunden werden. Dafür muss allerdings die Politik den rechtlichen Grundstein legen, um eventuellen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Daseinsvorsorge nicht im Wege zu stehen und die regional angepasste Unterstützung liefern. Neue Kooperationsformen zwischen Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind daher für die Umsetzung von Daseinsvorsorge-bezogenen Nachhaltigkeitsinnovationen nötig.

Gerade der Erhalt der Bildungseinrichtungen ist der Schlüssel zur Selbsterhaltung, da ohne Kinder, Jugendliche und junge Menschen Orte durch Wegzug und Überalterung regelrecht „aussterben“. Deshalb muss an die Politik der Appell gerichtet werden, die „Schule im Dorf zu lassen“. Gleichzeitig müssen lokale Unternehmen und die Zivilgesellschaft mobilisiert werden, denn nur im Verbund kann eine nachhaltige Entwicklung des Ortsteils Barsinghausen-Barntorf sichergestellt werden.

Literatur

ARCHIV DER STADT BARSINGHAUSEN (s.d): Nordansicht des Antonieschacht im OT-Bantorf. Zur Verfügung gestellt vom Archivar Steigerwald, E.

ARCHIV DER STADT BARSINGHAUSEN (s.d[a]): Carlschacht und Antonieschacht. Zur Verfügung gestellt vom Archivar Steigerwald, E.

ARCHIV DER STADT BARSINGHAUSEN (1984): Auszug aus der Chronik von Bantorf. Über die Rübensaftfabrik von Ferdinand Meyerfreund. Autor: Rodeck, F.

BARTSCH, R.; PANZER, S. & P. SEDLACEK (2007): Umpferstedt. Kommunalbericht zum Monitoring ländlicher Gemeinden im Freistaat Thüringen. Wirtschaftsgeographie+Regionalentwicklung. Berichte+Diskussion, 33/2007, Jena.

BÄHR, J. (2010[5]): Bevölkerungsgeographie. Verteilung und Dynamik der Bevölkerung in globaler, nationaler und regionaler Sicht. Stuttgart. Ulmer UTB.

BERTELSMANN-STIFTUNG (2009): Länderprofil Niedersachsen. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/SID-36891301-AAB81250/bst/hs.xsl/71020.htm (Zugriff: 28.12.2012)

BERTELSMANN STIFTUNG (2012): Mecklenburg-Vorpommern - Fach- und Führungskräfte für Mecklenburg-Vorpommern. http://www.demographiekonkret.de/Mecklenburg-Vorpommern_Fach-und_Fuehrungskraefte_fuer_Mecklen.125.0.html (Zugriff: 28.12.2012)

BIRG, H. (2011): Bevölkerungsentwicklung: Chancen und Perspektiven. http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/demografischer-wandel/75999/chancen-und-perspektiven (Zugriff: 17.12.2012)

BORSDORF, A. & BENDER, O. (2010): Allgemeine Siedlungsgeographie. Wien: Böhlau UTB.

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG IM BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2010): Region Hannover. Regionale Energiekonzepte. http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_340582/BBSR/DE/FP/MORO/Studien/2008/EinbindungEnergiekonzepte/MORO__H.html?__nnn=true (Zugriff: 29.12.2012)

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG IM BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2011): Laufende Raumbeobachtung – Raumabgrenzungen. http://www.bbsr.bund.de/cln_032/nn_1067638/BBSR/DE/Raumbeobachtung/Raumabgrenzungen/Kreistypen4__2011/kreistypen.html (Zugriff: 29.12.2012)

BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG IM BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMFORSCHUNG (BBSR) (2012): Infrastruktur und Daseinsvorsorge. http://www.bbsr.bund.de/nn_21970/BBSR/DE/Raumentwicklung/RaumentwicklungDeutschland/InfrastrukturDaseinsvorsorge/infrastrukturdaseinsvorsorge__node.html?__nnn=true (Zugriff: 26.12.2012)

BUNDESINSTITUT FÜR BEVÖLKERUNGSFORSCHUNG (BIB) (2012): Bestandserhaltungsniveau. http://www.bib-demografie.de/SharedDocs/Glossareintraege/DE/B/bestandserhaltungsniveau.html (Datum: 18.12.2012)

BUNDESMINISTERIUM DES INNEREN (BMI) (2011): Modellvorhaben Daseinsvorsorge 2030. Innovativ und modern – eine Antwort auf den demographischen Wandel. http://www.beauftragter-neue-laender.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2012/modellvorhaben_daseinsvorsorge.pdf;jsessionid=95D04A03A23650DF132ED3AB26FD551C.1_cid295?__blob=publicationFile (Zugriff: 23.01.2013)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) (2003): Sozialstaat. 1. Sozialstaatsbegriff und Sozialstaatsentwicklung. http://www.bpb.de/wissen/07999977165127913070062348477902 (Zugriff: 27.12.2012)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) (2012): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Bevölkerungsentwicklung und Altersstruktur. http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61541/altersstruktur (Zugriff: 19.12.2012)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) (2012[a]): Föderalismus. http://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138732/foederalismus (Zugriff: 27.12.2012)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG (BPB) (2012[b]): Zahlen und Fakten. Die soziale Situation in Deutschland. Ausländische Bevölkerung. http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61622/auslaendische-bevoelkerung (Zugriff: 23.12.2012)

CALENBERGER ONLINE NEWS (2012): Harte Maßnahmen der HSK empören die Bürger. http://connect.de/pages/barsinghausen/subpages/-harte-_masznahmen_des_hsk_empoeren_die_buerger/index.html (Zugriff: 18.01.2013)

CALENBERGER ONLINE NEWS (2012[a]): "Bantorf soll weiterhin ein lebens- und liebenswerter Ort bleiben". http://connect.de/pages/barsinghausen/subpages/-bantorf_soll_weiterhin_ein_lebens-_und_liebenswerter_ort_bleiben-/index.html (Zugriff: 17.01.2013)

CALENBERGER ZEITUNG (CZ) (2010): Die Turner gaben sich strenge Regeln. Im Januar 1910 gründeten 18 Männer den Turnverein „Gut Heil“ als Vorläufer des TSV Bantorf. Datum: 24.07.2010. S. 6

DANIELZYK, R. (2009): Neue Leitbilder der Raumentwicklung und das Postulat der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. In: GOTTWALD, M. & M. LÖWER [Hrsg.] (2009): Demografischer Wandel – Herausforderungen und Handlungsansätze in Stadt und Region, Arbeitsgemeinschaft Ange-

wandte Geographie Münster, Arbeitsberichte Heft 40. Münster (Arbeitsberichte Heft 40), S. 27–38.

DEISTER-LEINE-ZEITUNG (DLZ) (1998): Der Widerstand der Kaufleute hat Erfolg. Datum: 07.08.1998. S. 4

DEISTER-LEINE-ZEITUNG (DLZ) (2003): Konzept zur Dorferneuerung. Architekturstudenten analysieren Bantorfer Dorfbild. Datum: 2003. S.7

DEISTER-LEINE-ZEITUNG (DLZ) (2008): Bantorfer Schule startet im Sommer mit Pilotphase. Datum: 19.04.2008. S. 8.

DEISTER-LEINE-ZEITUNG (DLZ) (2008[a]): „Lernen in der kleinen Schule“: Rettung für den Standort Bantorf? Datum: 21.09.2008. S.7

DEUTSCHER BUNDESTAG (2002): Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. Referat Öffentlichkeitsarbeit. Baden-Baden: Koelblin-Fortuna-Druck.

DEUTSCHER FUßBALLBUND (DFB) (2012): DFB Mitglieder-Statistik 2012. http://www.dfb.de/uploads/media/DFB-Mitglieder-Statistik-2012.pdf (Zugriff:18.01.2013)

DEUTSCHER FUßBALLBUND (DFB) (2012[a]): Demographie und Fußball. http://www.dfb.de/uploads/ media/Demographie-und-Fussball.pdf (Zugriff: 18.01.2012)

DEUTSCHE BAHN (DB) (2012): Reiseauskunft. http://reiseauskunft.bahn.de/bin/query2.exe/dn?ld=9639&country=DEU&rt=1&OK#focus (Zugriff: 29.12.2012)

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND (DGB) (2012): Glossar. Daseinsvorsorge. http://www.dgb.de/service/glossar?sel=d Zugriff: 26.12.2012)

DEUTSCHES INSTITUT FÜR URBANISIERUNG (DIFU) (2012): Difu-Berichte 1/2012 - Was ist eigentlich Öffentliche Daseinsvorsorge? http://www.difu.de/publikationen/difu-berichte-12012/was-ist-eigentlich-oeffentliche-daseinsvorsorge.html (Zugriff: 18.12.2012)

DEUTSCHE STIFTUNG FÜR WELTBEVÖLKERUNG (DSW) (2012): Länderdatenbank. http://www.weltbevoelkerung.de/ oberes-menue/publikationen-downloads/zu-unseren-themen/laenderdatenbank.html (Zugriff: 26.12.2012)

FORSTER, F. (2012): Social Entrepreneurship. Vallendar.

GANS, P. (2011): Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft. Darmstadt.

GATHER, M. et al. (2008): Geographische Mobilitäts- und Verkehrsforschung. Berlin: Gebr. Borntraeger Verlagsbuchhandlung.

GETOUR GMBH (2012): Willkommen im Deister/ Der Deister – ein Porträt. http://www.deister.de/ index.html (Zugriff: 29.11.2012)

GROßRAUM-VERKEHR-HANNOVER (GVH) (2012): Express-Auskunft. http://www.gvh.de/fahrplanauskunft.html (Zugriff: 29.12.2012)

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (HAZ) (1999): Gewerbegebiete werden gemeinsam geplant. Datum: 28.01.1999.

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (HAZ) (2012): Bantorfer Eltern demonstrieren für den Erhalt der Grundschule. http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Region/Barsinghausen/Nachrichten/Bantorfer- Eltern-demonstrieren-fuer-den-Erhalt-der-Grundschule (Zugriff: 18.12.2013)

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (HAZ) (2012[a]): Der Barsinghäuser Sparplan im Überblick. http://www. haz.de/Hannover/Themen/Barsinghausen-saniert-seinen-Haushalt/Der-Barsinghaeuser-Spar-Plan-im-Ueberblick (Zugriff: 18.01.2013)

HANNOVERSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (HAZ) (2012[b]): Stadt schließt Entschuldungsvertrag mit dem Land. http://www.haz.de/Hannover/Aus-der-Region/Barsinghausen/Nachrichten/Stadt-schliesst-Entschuldungsvertrag-mit-dem-Land (Zugriff: 18.01.2013)

HEINEBERG, H. (2010): Einführung in die Anthropogeographie/Humangeographie. Paderborn: Schöningh. UTB.

HESSISCHES MINISTERIUM FÜR UMWELT, ENERGIE, LANDWIRTSCHAFT UND VERBRAUCHERSCHUTZ (2008): Nachhaltigkeitsstrategie Hessen Kompetenznetz Vitale Orte 2020. Projektbeispiel: Dorfladen

Bromskirchen. http://www.hessen-nachhaltig.de/c/document_library/get_file?uuid=151439e9b197-47c3-a84e-708b748af137&groupId=11890 (Zugriff: 14.01.2013)

INTERMINISTERIELLE ARBEITSGRUPPE (IMAG) DER LANDESREGIERUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN (2011): Mecklenburg-Vorpommern: Weltoffen, modern, innovativ. Den demografischen Wandel gestalten. http://www.regierung- mv.de/cms2/Regierungsportal_prod/Regierungsportal/de/stk/Service/Publikationen/index.jsp?&publikid=3249 (Zugriff: 26.12.2012)

INSTITUT FÜR COMMUNITY MEDICINE (2008): Das AGnES-Konzept. Hintergrund, Diskussionsthemen, Perspektive. Hrsg.: Universitätsklinikum Greifswald. Abt. Versorgungsepidemiologie und Community Health. Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald. http://www.sachsen-anhalt.de/fileadmin/Elementbibliothek/Master-Bibliothek/Gesundheit/2008/AGNES/Hintergrund_Perspektive.pdf (Zugriff: 24.01.2013)

JUNG, W. (2007[3]): Prognosen der räumlichen Planung. Hrsg.: Universität Stuttgart. Fakultät: Architektur und Stadtplanung. http://www.igp.uni-stuttgart.de/publika/pdf/prognosen.pdf (Zugriff: 20.01.2013)

KELLERMANN et al. (2010): Endbericht. Kurzexpertise: Kinder- und Jugendarbeit in den neuen Bundesländern vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. Hrsg.: Der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. http://www.demografiestrategie.de/SharedDocs/Downloads/BODL/Themen/Demografie/expertise_kinder_jugend.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 24.01.2013)

KLUG, P. & STARMANN, C. (2008): Geringer Bevölkerungsrückgang in Niedersachen http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-65316934-3814B826/bst/xcms_bst_dms26850_26851_2.pdf (Zugriff: 15.01.2013)

KNAUFF, M. (2004): Der Gewährleistungsstaat: Reform der Daseinsvorsorge. Eine rechtswissenschaftliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung des ÖPNV. Berlin: Duncker & Humblot.

KNORR et al. (2005): Ökonomisierung der öffentlichen Verwaltung – einige grundsätzliche ordnungstheoretische Anmerkungen. Materialien des Wissenschaftsschwerpunktes „Globalisierung der Weltwirtschaft". Band 36. http://www.iwim.uni-bremen.de/publikationen/pdf/w036.pdf (Zugriff: 26.12.2012)

KÖSTERS, W. (2006): Weniger, bunter, älter: Wie der demographische Wandel Deutschland verändert. Den Weg zur Multiminoritätengesellschaft aktiv gestalten. München: Olzog Verlag.

KRAPPWEIS, S. (2006): Gleichwertige Lebensverhältnisse. Möglichkeiten und Grenzen der Angleichung der Teilräume. http://planung-tu-berlin.de/Profil/Gleichwertige_Lebensverhaeltnisse.htm (Zugriff: 11.01.2013)

LANDESBETRIEB FÜR STATISTIK UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE NIEDERSACHSEN (LSKN) (2011): Bevölkerungsdichte. Stadt Barsinghausen. Stand 01.11.2011. http://www1.nls.niedersachsen.de/ statistik/html/mustertabelle.asp (Zugriff: 29.11.2012)

LANDESBETRIEB FÜR STATISTIK UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE NIEDERSACHSEN (LSKN) (2011[a]): Die Ergebnisse der regionalen Bevölkerungsvorausberechnung für Niedersachsen bis zum 01.01.2031. Stand 2009. S. 20. http://www.lskn.niedersachsen.de/portal/live.php ?navigation_id=25688&article_id=87679&_psmand=40 (Zugriff: 22.01.2013)

LANDESBETRIEB FÜR STATISTIK UND KOMMUNIKATIONSTECHNOLOGIE NIEDERSACHSEN (LSKN) (2012): Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2012. S. 9. http://www.lskn.niedersachsen.de/ download/72935 (Zugriff: 22.01.2013)

LANDESREGIERUNG BRANDENBURG (2013): Kleine Grundschule Großwudicke ist Demografie-Beispiel des Monats April. http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.209299.de (Zugriff: 23.01.2013)

LIENAU, C. (1995[2]): Die Siedlungen des ländlichen Raumes. Braunschweig: Westermann Schulbuchverlag GmbH.

LOHMANN, W. (2012): Aus der älteren Geschichte Bantorfs und der Umgebung (bis 1949). Bad Nenndorf: Grafik Design Bad Nenndorf.

MEIER KRUKER, V. & RAUH, J. (2005): Arbeitsmethoden der Humangeographie. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

NEU, C. et al. (2009): Daseinsvorsorge: eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Hrsg.: Neu, C. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.

NIEDERSÄCHSISCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (NIW) (2010): NIW-Demographietest Niedersachsen. Autoren: Jung, H.U., Böttcher, F. http://www.niw.de/uploads/profile/Barsinghausen,%20Stadt%20%28241002%29.pdf (Zugriff: 22.12.2012)

NIEDERSÄCHSISCHER PFLEGERAT (2009): Pressemitteilung. Betr.: Artikel „Arzthelferinnen springen in die Bresche“ in der HAZ vom 7.09.2009. Pressemitteilung des Nds. Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit „Menschen wohnortnah versorgen“ vom 9.10.2009. Autorin: Mauritz, M. http://www.dbfk.de/regionalverbaende/nw/presse/Mitteilungen/Presserklaerung-Verah-und-Moni-28.10.2009.pdf (Zugriff: 24.01.2013)

NIEDERSÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR STATISTIK (NLS) (2004): Bevölkerung der Gemeinden am 30.Juni 2004. S. 9. http://www.nls.niedersachsen.de/Download/StatistischeBerichte/AI2_hj1_2004__Gesamt.pdf (Zugriff: 22.01.2013)

REGIOBUS HANNOVER (2012): Fahrplan der Buslinie 530. RegioBus-Linien 500 - 580 ab 09.12.2012. 530: Barsinghausen - Hohenbostel - Bantorf - Hohenbostel - Barsinghausen. http://www.efa.de/efa_download/buch2013/wwwB5/gvh_04530__j13.pdf (Zugriff: 19.01.2013)

REGION HANNOVER (2012): Die Region zum Nachlesen. Was dahinter steckt. Einzigartiges Modell, einzigartige Aufgabenverteilung in einem Gebiet mit 21 Städten und Gemeinden. http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Verwaltungen-Kommunen/Die-Verwaltung-der-Region-Hannover/Die-Region-Hannover/Region-Hannover-zum-Nachlesen/Was-dahinter-steckt (Zugriff: 29.12.2012)

REGION HANNOVER (2012[a]): Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2012 bis 2020/2025. http://www.hannover.de/content/download/365376/7017329/version/2/file/bevoelkerungsprognose_2012.pdf (Zugriff: 22.12.2012)

SCHALTEGGER, S. & M. WAGNER (2011): Sustainable Entrepreneurship and Sustainability Innovation: Categories and Interactions. In: Business Strategy and the Environment, Jg. 20 (2011), S. 222-237.

SCHAUMBURGER WOCHENBLATT (2010): Bauleitplan für Gewerbegebiet. http://www.schaumburger-wochenblatt.de/content/artikel.php?a=146551 (Zugriff: 17.01.2013)

SCHÄFER, I. & RICKE, U. (1993/94): Studienarbeit: Vorbereitende Untersuchung zur Dorferneuerung Bantorf. Hrsg.: Universität Hannover Fachbereich Architektur. Institut für ländliche Bau- und Siedlungswesen. Prof. Dr.-Ing. habil. Heinar Henckel.

SCHUMPETER, J. (1934): The Theory of Economic Development. Cambridge.

SEDLACEK, P. (Hrsg.) (2012): Daseinsvorsorge im Demographischen Wandel. Strategien, Konzepte, Handlungsoptionen. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

STADT BARSINGHAUSEN (2012): Statistik der Bevölkerungsentwicklung. Quelle: Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand: 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[a]): Einwohner Bestandsstatistik. Quelle: Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand: 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[b]): Statistik Geburtsjahrgänge. Quelle: Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand: 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[c]): Statistik Einwohnerzahlen. Stadt und Ortsteile. Quelle: Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand: 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[d]): Statistik der Altersgruppen. Quelle: Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[e]): Liste der Haushaltsvorstände über 65 Jahren. Bürgerbüro Stadt Barsinghausen/ Hübner. Stand: 05.12.2012.

STADT BARSINGHAUSEN (2012[f]): Bantorf. Hrsg.: Steigerwald, E. http://www. barsinghausen.de/portal/seiten/bantorf-903000085-20002.html?s_sprache=& (Zugriff: 29.12.2012)

STATISTA GMBH (2012): Entwicklung der Bevölkerung bis 2011. Quelle: Statistisches Bundesamt. http://de.statista.com/statistik/daten/studie/155154/umfrage/entwicklung-der-bevoelkerung-von-niedersachsen-seit-1961/ (Zugriff: 28.12.2012)

STATISTA GMBH (2013): Anstieg der globalen Erdölnachfrage im Zeitraum von 2010 bis 2035 (in Millionen Barrel pro Tag). http://de.statista.com/statistik/daten/studie/245943/umfrage/wachstum-der-weltweiten-erdoelnachfrage/ (Zugriff: 22.01.2013)

STATISTISCHES AMT HANNOVER (1988): Statistischer Vierteljahresbericht Hannover. Sonderband. Die Bevölkerungsentwicklung im Landkreis Hannover und in der Landeshauptstadt Hannover von 1821 bis 1987. Verlag:

STATISTISCHES AMT MECKLENBURG-VORPOMMERN (2012): Landesdaten im Überblick. http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp (Zugriff: 28.12.2012)

STATISTISCHES BUNDESAMT (Destatis) (2008): Demographischer Wandel in Deutschland. Auswirkungen auf Krankenhausbehandlungen und Pflegebedürftige im Bund und in den Ländern. Heft 2. Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/KrankenhausbehandlungPflegebeduerftige5871102089004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 24.01.2013)

STATISTISCHES BUNDESAMT (Destatis) (2009): 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Variante 1-W1. https://www.destatis.de/bevoelkerungspyramide/ (Zugriff: 26.12.2012)

STATISTISCHES BUNDESAMT (Destatis) (2011): Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Heft 1. Ausgabe 2011. https://www.destatis.de/DE/Publikationen/ Thematisch/Bevoelkerung/VorausberechnungBevoelkerung/BevoelkerungsHaushaltsentwicklung5871101119004.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 26.12.2012)

STATISTISCHES BUNDESAMT (Destatis) (2012): Bevölkerung. Auf einen Blick. https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/_Doorpage/AufEinenBlick.html (Zugriff: 26.12.2012)

ULRICH, R. E. (2006): Wir sterben immer wieder aus. http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/ demografischer-wandel/70892/interesse-der-medien (Zugriff: 17.12.2012)

WERLEN, B. (2008[3]): Sozialgeographie. Bern: Haupt UTB.

WINTER, S. (2000): Quantitative vs. Qualitative Methoden. http://imihome.imi.uni-karlsruhe.de/nquantitative_vs_qualitative_methoden_b.html (Zugriff: 12.12.2012)

WILHELM-BUSCH-SCHULE Hohenbostel (2010): Schule (Einzugsbereich). http://www.wilhelm-busch-schule.org/?mc=content&mc-data=2,0, (Zugriff: 20.02.2013)

Mündliche Expertenbefragungen

Dezember 2012: zitierte Mitteilung einer befragten Person im Rahmen des Interviews zu den Lebensbedingungen im Ortsteil Barsinghausen-Bantorf.

02.12.2012: mdl. Mitteilungen des Kfz-Meisters Winkler, R. und des Dachdeckermeisters Pape, A., im Gespräch zur Arbeitsmarktsituation bzw. der eigenen betrieblichen Situation im Ort.

07.12.2012: mdl. Mitteilung der Vorsitzenden der IG Bantorf Seegers-Krückeberg, R., im Gespräch über die Entwicklung der ortsansässigen Grundschule.

12.12.2012: mdl. Mitteilung der Anwohnerin und Zeitzeugin Claus, I., im Gespräch über die Ortsentwicklung im Hinblick auf die Daseinsvorsorge in Bantorf.

13.12.2012: anonyme mdl. Mitteilung des Bauers X im Rahmen eines Gespräches zur landwirtschaftlichen und betrieblichen Situation im Ort.

15.12.2012: anonyme mdl. Mitteilung des Bauers Y im Rahmen eines Gespräches zur landwirtschaftlichen und betrieblichen Situation im Ort.

19.12.2012: mdl. Mitteilung des Vorstandsvorsitzenden des TSV Bantorf, Gawert, D. im Gespräch über die Entwicklung des Vereins.

07.01.2013: mdl. Mitteilung von Dörries, P., Mitarbeiter der Stadtentwicklungsgesellschaft der Stadt Barsinghausen, im Gespräch über die Entwicklung der Gewerbeflächen im OT-Bantorf.

10.01.2012: mdl. Mitteilung von der Geschäftsführung des Café im Schafstall, Familie Weber, bezüglich der betrieblichen Situation im Ort.

14.01.2013: mdl. Mitteilung des Ortsbrandmeisters Michael Kupfer, im Gespräch über Kinder- und Jugendarbeit der FFW Bantorf.

Anschrift der Autorinnen:

M.Ed. Kristin Gawert
Ludwig-Windthorst-Schule
Altenbekener Damm 81
D-30173 Hannover
k.gawert@gmx.de

Dr. Sabine Panzer-Krause
Universität Hildesheim
Institut für Geographie
Marienburger Platz 22
D-31141 Hildesheim
sabine.panzer-krause@uni-hildesheim.de